

DEUTSCHE POLIZEI



Nr. 11 November 2010 Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei



Bereitschaftspolizei **Einsatz in allen Lagen**

In dieser Ausgabe:

Castor-Einsatz:

- Schwere Einsätze erfordern optimale Logistik
- GdP-Betreuersteam vor Ort

Tarifpolitik:

Die nächste Tarifrunde wird wieder die schwierigste ...

24. Ordentlicher GdP-Bundeskongress:
Der Staat muss sichtbar bleiben

Ausbildung:
Kompetenzorientiertes
Polizeistudium

JUNGE GRUPPE (GdP)



Sicherheit ist MehrWert

Castor-Einsatz



Die GdP wird wieder zur Betreuung der Kolleginnen und Kollegen vor Ort sein.

S. 15

Der Staat muss sichtbar bleiben



In diesem Monat tagt unser 24. Ordentlicher Bundeskongress. Wir haben ihn unter das Motto gestellt: Sicherheit ist MehrWert. Überlegungen dazu von Jörg Radek, Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand der GdP.

S. 19

Kompetenzorientiertes Polizeistudium

An der Fachhochschule Polizei Sachsen-Anhalt ist der Studiengang „Polizeivollzugsdienst“ angelaufen. Dabei steht konsequente Kompetenzorientierung für ein Studienprogramm, das in der Praxis handlungsfähige (und damit kompetente) Absolventen für den Einstieg in den Polizeiberuf qualifizieren soll.

S. 26

AKTUELL: GdP IN DER BUNDESPRESSEKONFERENZ	2
KOMMENTAR Mit der Belastung finden wir uns nicht ab!	4
FORUM	4
KURZ BERICHTET	5
TITEL/BEREITSCHAFTSPOLIZEI Bereitschaftspolizei – Einsatz in allen Lagen	6
Darf's ein bisschen mehr sein?	11
CASTOR-EINSATZ Schwere Einsätze erfordern optimale Logistik	14
GdP-Betreuerteam vor Ort	15
TARIFPOLITIK Die nächste Tarifrunde ist wieder die schwierigste ...	17
24. ORDENTLICHER GdP-BUNDESKONGRESS	19
Der Staat muss sichtbar bleiben	
RECHT	21
AUSBILDUNG Kompetenzorientiertes Polizeistudium	26
KRIMINALPOLITIK 3:0 und keine Gewalt	30
DGB-KAPITALISMUSKONGRESS IN BERLIN	34
Umdenken – gegenlenken	
SICHERHEIT Der neue Personalausweis – zum Ein- und Ausschalten	35
RECHT Nicht länger Zaungäste	36
EXTREMISMUS Was führt zur Radikalisierung?	37
JUNGE GRUPPE	38
BÜCHER/IMPRESSUM	40



Innere Sicherheit steht vor dem Kollaps

Der Bundesvorsitzende der GdP schlug am 11. Oktober öffentlich Alarm „Die innere Sicherheit steht vor dem Kollaps“, so Konrad Freiberg in der Berliner Bundespressekonferenz. Gegenüber den versammelten Hauptstadtkorrespondenten von Presse, Funk und Fernsehen gab er eine realistische, alarmierende Darstellung von der gegenwärtigen Situation, in der sich Deutschlands Polizei befindet.

„Fußballeinsätze, Großdemonstrationen und der Schutz von sogenannten Mega-Events steigen rapide an, die alltägliche Kriminalitätsbekämpfung und Verkehrsüberwachung haben schon heute

schaftliche Konflikte abzeichnen und die Politik zunehmend in ihrer Mediatorenrolle versage: „Großprojekte wie Stuttgart 21, die neu entfachte Diskussion um die Kernenergie, sich verschärfende soziale

qualstrafäter sowie ein hoher Fahndungs- und Beobachtungsdruck zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus.

Personalabbau geht ungebremst weiter

Bereits in den zurückliegenden Jahren wurde die Polizei massiv abgebaut. Nach der GdP vorliegenden Zahlen sind von 2000 bis 2008 9.256 Stellen im Polizeivollzugsbereich ersatzlos gestrichen worden.



Foto: Zielasko

v. l.: Jörg Radek, Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand der GdP, Konrad Freiberg, GdP-Bundesvorsitzender, Dr. Gregor Mayntz (BPK-Leiter)

das Nachsehen. Der Schutz der Bürger im Alltag kommt zu kurz. Der Polizei fehlen zunehmend Personal, Ausstattung und die notwendigen Gesetze, um die Sicherheit des Landes weiterhin zu garantieren. In der Innenpolitik ist seit langem Hängen im Schacht“, so brachte es der GdP-Vorsitzende auf den Punkt

Sorge bereite ihm, dass sich große gesell-

Schieflagen, Integrationsprobleme und eine zunehmende Gewaltbereitschaft stellen die Polizei vor nicht mehr zu bewältigende Aufgaben.“ Hinzu käme eine zunehmende Gewaltentwicklung und steigende Straftaten im rechts- und linksextremistischen Spektrum, eine personalintensive Beobachtung und Bewachung der aus der Sicherungsverwahrung freigelassenen Se-

Von ehemals 273.096 Beamten sind heute nur noch 263.840 im Einsatz. Das ist ein Rückgang von 3,4 Prozent.

Eine Umfrage im Organisationsbereich der GdP habe erbracht, dass die Bundesländer in den nächsten Jahren (bis 2019) noch einmal rund 9.000 Stellen im Polizeibereich abbauen wollen.

Auch bei der Bundespolizei sollen bis



zum Jahr 2014 rund 1.000 Stellen im Vollzug und bei den Tarifbeschäftigten gestrichen werden.

„Gleichzeitig wird die Bundespolizei vermehrt zur Unterstützung von Einsätzen in den Ländern angefordert, die sie allein nicht mehr bewältigen können, weil sie rigoros ihr eigenes Personal reduzieren. Das hat mit gemeinsamer Verantwortung für die Sicherheit in Deutschland nichts mehr zu tun. Länder, die noch eine einigermaßen verantwortungsvolle Einstellungspolitik praktizieren, wie zum Beispiel Nordrhein-

und Engagement in Einsatzorganisationen“ der Bundespolizei, in der 2007 und 2008 mit aussagekräftigen Befragungsinstrumenten unter sorgfältiger Auswahl der beteiligten Dienststellen Belastungen und wahrnehmbare Ressourcen erhoben worden seien. Dabei wurden im Bereich der Bundespolizei insgesamt massive, quantitative Arbeitsbelastungen festgestellt, die sich negativ auf das psychische Wohlbefinden der betroffenen Kolleginnen und Kollegen auswirken und in der Folge bereits zu einer deutlich höheren Burn-out-Quote

Einsatzbelastung steigt

Fußball

Die Fakten, so machte Konrad Freiberg deutlich, sprächen für sich. So habe allein im Fußballgeschehen die Einsatzbelastung der Polizeien der Länder und des Bundes in der Saison 2008/2009 einen Rekordwert von über 1,5 Millionen Einsatzstunden erreicht. „Das entspricht der Jahresarbeitszeit von 1.174 Polizeibeamten und -beamtinnen. Bei Einsätzen rund um den Fußball hat es in den letzten neun Jahren einen Anstieg von rund 600.000 Arbeitsstunden gegeben. In der Saison 2008/2009 mussten also gegenüber der Saison 2000/2001 460 Polizeibeamte mehr verwendet werden, die – rein statistisch – nichts anderes machen, als von morgens bis abends und das ganze Jahr über problematische Fangruppen zu begleiten.“

Der GdP-Vorsitzende wies darauf hin, dass dieser gewaltige Anstieg an Polizeieinsätzen nicht der Fußballsport zu verantworten habe: „Der Deutsche Fußballbund, die Deutsche Fußballliga und die Vereine bemühen sich nach Kräften, die Stadien und den Spielbetrieb sicherer zu machen. Die gewalttätigen Auseinandersetzungen spielen sich überwiegend am Rande von Fußballbegegnungen auf öffentlichem Boden und dem Schienennetz ab. Am Fußball macht sich eine Gewaltentwicklung fest, die in unserer Gesellschaft zu lange ignoriert oder verharmlost wurde. Deshalb ist es eine unsinnige Forderung, die Vereine mit den Kosten der Polizeieinsätze zu belasten. Auch Bürgerfeste, Weinfeste, Herbstfeste und andere gesellschaftliche Veranstaltungen leiden mittlerweile unter Gewalteskalationen.“

Übergriffe auf Polizeibeamtinnen und -beamte

Was für viele Bürger, die mit solchen Gewaltexzessen konfrontiert werden, erschreckende Einzelerlebnisse sind, „... weil man dann einfach nicht mehr dort hingehet“, ist für die Polizeibeamtinnen und -beamten Alltag. Konrad Freiberg: „Täglich werden meine Kolleginnen und Kollegen beschimpft, bedroht und angegriffen.“ Die GdP sei froh, es nach zähen Verhandlungen geschafft zu haben, zumindest einen Teil der Bundesländer davon zu überzeugen, sich ein Bild über die tägliche Gewalt gegen Polizeibeamte zu machen und der Wirklichkeit ins Auge zu sehen.

Erste Ergebnisse einer Studie des Kriminologischen Forschungsinstitutes Niedersachsen (KFN) hätten Befürchtungen noch übertroffen.

Fortsetzung auf Seite 32

Am Fußball macht sich eine Gewaltentwicklung fest, die in unserer Gesellschaft zu lange ignoriert oder verharmlost wurde.

Westfalen, werden dann ebenfalls ständig um Unterstützung angegangen.“

Habe es im Jahre 2005 in Deutschland noch 89 Anlässe gegeben, zu denen ein Bundesland Unterstützung von der Bundespolizei und aus anderen Ländern anfordern musste, so seien es 2009 bereits 160 Großeinsätze gewesen, die mit den Polizeikräften eines einzelnen Landes nicht mehr zu bewältigen gewesen seien. „Zwar machten Fußballeinsätze mit 31 Prozent den Löwenanteil aus, aber auch der Anstieg der gewaltsamen Auseinandersetzungen bei Demonstrationsanlässen links- und rechtsextremer Gruppen mache große Sorgen.“

Hohe Krankenstände

Die Personalknappheit treibe durch den wachsenden Arbeitsdruck die Krankenstände in die Höhe. Gegenüber der Presse machte Konrad Freiberg deutlich: „Wenn Sie zum Beispiel Wochenende für Wochenende stundenlang in Eisenbahnabteile mit alkoholisierten Fußballfans eingesperrt würden, die sie quer durch die Republik begleiten müssten, würden sie das sicher verstehen. Es ist ein Teufelskreis: Weniger Personal bedeutet höhere Einsatzbelastung, die immer mehr Polizisten krank macht, die wiederum dann im Dienst fehlen.“

Allein bei der Bundespolizei habe der Krankenstand besorgniserregende 15 Prozent erreicht. Konrad Freiberg: „Das ist noch nicht das Ende der Fahnenstange. Die Kolleginnen und Kollegen dort sind derart ausgepowert, dass weitere Ausfälle absehbar sind.“

Einen eindrucksvollen Beleg liefere die Studie „Organisationsprofile, Gesundheit

geführt haben. Waren es im Jahr 2007 noch 15 Prozent, so erhöhte sich die Zahl hoch ausgebrannter Kolleginnen und Kollegen im Jahr 2008 bereits auf 25,4 Prozent.

Dabei sollten bei den Länderinnenministern längst die Alarmglocken klingeln, meint der GdP-Bundsvorsitzende und liefert Fakten: „In Nordrhein-Westfalen beträgt der Anteil der Beamten und Tarifbeschäftigten, die innerhalb eines Jahres länger als sechs Wochen ununterbrochen oder wiederholt arbeitsunfähig waren, über 17 Prozent. Berlin registriert bei Polizei und Feuerwehr krankheitsbedingte Ausfälle zwischen zehn und 15 Prozent. In Mecklenburg-Vorpommern stieg der Krankenstand seit 2006 um 25 Prozent. Nach unseren Recherchen fehlten dort im vergangenen Jahr ständig rund 1.000 der 6.000 Polizeikräfte.“

Neben dem steigenden Arbeitsdruck ist nach Meinung der GdP die Überalterung der Polizei aufgrund der Einstellungsstopps der vergangenen Jahre eine weitere Ursache für solche Ausfälle. In Brandenburg zum Beispiel beträgt das Durchschnittsalter der Polizeibeamten im polizeilichen Wach- und Wechselschichtdienst 45,2 Jahre.

Der föderale Aufbau der Bundesrepublik, beklagt der Bundsvorsitzende der GdP, mache es schwer, ein fundiertes Lagebild der Situation der Polizei zu erstellen. Deshalb seien valide und vergleichbare Statistiken nicht zu bekommen: „Leider ist es in einem föderalen Staatsaufbau jedem Land selber überlassen, was es untersucht und was nicht. Und die Begeisterung einer Landesregierung, Fehler ihrer Politik auch noch aussagekräftig belegen zu lassen, ist naturgemäß begrenzt.“



Mit der Belastung finden wir uns nicht ab!

Es reicht. In letzter Zeit hat sich so viel Belastendes für die Polizei in Deutschland angestaut, dass ich „bildlich“ gesprochen, am liebsten die Notbremse ziehen möchte. Der umstrittene Einsatz in Stuttgart, der bevorstehende Castor-Transport, ständige Randalen um Fußballspiele, Gewalt im täglichen Einsatzgeschehen – die Polizei steht

immer in vorderster Linie. Das ist ja in einer Demokratie auch in Ordnung. Aber: Immer weniger Polizeibeschäftigte müssen immer mehr Einsätze bewältigen (wir haben das für die Bereitschaftspolizei in unserem Titelthema ab Seite 6 in dieser Ausgabe dargestellt).

Die ständigen Belastungen für die Kolleginnen und Kollegen zu überziehen, kann gefährlich werden.

Und die Politik treibt weiter ihre „Spielchen“, sie nimmt nicht wahr, was passiert, sie heizt manchmal verbal, aber auch durch augenscheinliche Klientel-Politik, die Situation noch an. Auch deshalb haben wir auf der Pressekonferenz am 11. Oktober in Berlin ganz deutlich gesagt, wo wir derzeit in unserem Lande mit der Sicherheitspolitik stehen. Nämlich kurz vor dem Kollaps. Wir haben es belegt und begründet und zwar so, dass die Medien unsere Sicht der Dinge aufgenommen und in die Öffentlichkeit transportiert haben. So gut wie jeder Fernsehsender, jede Radiostation und jede Zeitung in diesem Land hat das Thema aufgegriffen.

Fakt ist, dass etwas passieren muss und zwar auf allen von uns angesprochenen Gebieten – nicht erst morgen, sondern es muss nun zeitnah etwas geschehen. Reden und Flickschusterei helfen uns

nicht weiter. Liebe politisch Verantwortliche: Hört auf mit Statistiken, Schuldzuweisungen untereinander und mit dem allgegenwärtigen Spar-Argument. Wer sicher leben möchte, der muss in Sicherheit investieren! Denn „Sicherheit ist Mehrwert“. Das ist unsere feste Überzeugung; daher haben wir den Slogan zum Motto unseres 24. GdP-Bundeskongresses vom 22. bis 24. Oktober in Berlin gewählt.

Gefordert sind politische Lösungen, die im Interesse der Bürgerinnen und Bürger liegen und nicht meilenweit davon entfernt. Wer von oben über die Köpfe hinweg regiert, verspielt den gesellschaftlichen Frieden. Unsere Kolleginnen und Kollegen fangen fast täglich den Frust von Protestierenden ab, weil politische Fehlentscheidungen gefallen sind oder verschleppte Probleme brodeln.

Eine aktuell klassische Fehlentscheidung ist aus unserer Sicht, dass die Regierung den vereinbarten Konsens zum Atom-Ausstieg aufgekündigt hat. Mit großer Sorge sehen wir daher dem Castor-Transport Anfang November entgegen, der wieder tagelang mit einem polizeilichen Großaufgebot geschützt werden muss. Dass es während dieser Zeit ansonsten in Deutschland ruhig sein wird, also um „Stuttgart21“ sich Stille ausbreitet, keinerlei Fußballspiele abzusichern und die terroristischen Gefahren für diese Zeit gebannt sind, ist Träumerei. Deutschlands Polizei wird das alles stemmen müssen.

Aber wie lange ist das noch machbar? Die Grenze ist längst erreicht. Das ist auch daran ablesbar, dass sich immer mehr Polizisten krank melden. Das Burn-out-Syndrom ist beispielsweise bei der Bundespolizei aktuell auf 25 Prozent gestiegen – 2007 waren es noch 15 Prozent.

Nochmals: Die Politik ist gefordert – wir werden das auf unserem GdP-Bundeskongress in aller Deutlichkeit untermauern. Die extreme Einsatzbelastung für unsere Kolleginnen und Kollegen darf nicht als normal verbucht werden.



Zu: Bundesseniorenfahrt 2010

Meine Frau und ich nahmen an der 10. Bundesseniorenfahrt teil, die für zwei Wochen Mitte September in die Gegend von Gadiz (Atlantikküste Spaniens) führte. Ich danke aus- und nachdrücklich allen, die an der Vorbereitung dieses Unternehmens (640 Mitreisende), an der Organisation der An- und Abreise, an den Verhandlungen mit dem Hotelunternehmen, an der Durchführung vor Ort und an der Betreuung der vielfach jenseits des 70. Lebensjahres stehenden Kolleginnen und Kollegen beteiligt gewesen sind. Für ihr Engagement kann ich nur voll des Lobes sein. Besonders liegt mir daran festzustellen, dass die Angestellten des Hotels einen Service geboten haben, der seinesgleichen sucht.

Für mich als sogenannter Wessi war es wieder eine echte Freude, Kollegen aus ganz Deutschland wiederzusehen und neue aus dem Osten unserer Republik kennenzulernen. Solche Begegnungen sind für alle eine Bereicherung.

Ich kann Interessierten nur raten, sich recht bald für die nächste Bundesseniorenfahrt anzumelden. Sicher wird auch diese Reise wieder ein Gewinn.

Günther Scheicher, Wachtberg-Liessem

Die Seniorenfahrt für 2011 wird in der nächsten DP vorgestellt – mit Anmelde-Coupon.

Die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

**GdP-Bundesvorstand
Redaktion Deutsche Polizei
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-114
Fax: 030/39 99 21-200
E-Mail:
gdp-redaktion@gdp-online.de**



VERKEHRSKONTROLLEN:

Blutproben künftig ohne Richtervorbehalt?

Als „realitätsnah und praxistauglich“ bezeichnete Frank Richter, für Verkehrspolitik verantwortliches Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes der GdP, den in den Bundesrat eingebrachten Vorschlag Niedersachsens, Blutproben bei polizeiliche Alkohol- und Drogenkontrollen im Straßenverkehr künftig ohne vorherige richterliche Anordnung zu ermöglichen: „Vor allem nachts kommt es häufig zu Situationen, in denen die Polizei sehr schnell erfahren muss, ob sich der Verdacht bestätigt, dass ein Fahrzeugführer unter dem Einfluss von Alkohol- oder illegaler Drogen steht und so seine Fahrtüchtigkeit erheblich eingeschränkt ist. Wenn es der Polizei dann nicht gelingt, zeitnah einen Richter zu erreichen, der eine Blutprobenentnahme anordnet, kann es passieren, dass der Fahrer straffrei davonkommt.“ Für die Polizei sei es frustrierend, mit ansehen zu müssen, dass ein mutmaßlicher Täter aufgrund solcher unnötiger Verzögerungen ungestraft davonkomme. Das sei auch den Bürgerinnen und Bürgern nicht vermittelbar. *red.*

GDP-LANDES-DELEGIERTENTAG:

Sachsen

Mit den Stimmen aller 68 Delegierten wurde Hagen Husgen als neuer Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Sachsen, gewählt. Matthias Kubitz, der scheidende GdP-Chef, gratulierte Hagen Husgen auf das Herzlichste zur Wahl als Landesvorsitzender unserer Gewerkschaft. Der Wechsel an der Spitze des Landesvorstandes der GdP erfolgte planmäßig und satzungsgemäß nach zwei Wahlperioden. Acht Jahre war Matthias Kubitz als Landesvorsitzender der GdP Sachsen ein Garant für fachliche Kompetenz und Wahrhaftigkeit in allen Fragen zur sächsischen Polizei.

Der neu gewählte Landesvorsitzende wird sich ebenso wie sein Vorgänger für eine Polizeireform in Sachsen engagieren, die weder einen Kahlschlag für die Polizei bedeutet noch die Sicherheit des Freistaates in Frage stellt. Insbesondere geht es ihm darum, den Stellenabbau bei der Polizei zu



Alter Landesvorsitzender Matthias Kubitz (l.) und neuer Landesvorsitzender Hagen Husgen
Foto: Matthias Büschel

stoppen, die Aufgaben der Polizei auf den Prüfstand zu stellen und eine Verjüngung der sächsischen Polizei zu initiieren.

Matthias Büschel

IN EIGENER SACHE:

Neue GdP-Kreditkarte (VISA)

Mit unserem zukünftigen Kooperationspartner, der DKB (Deutsche Kreditbank AG, Berlin), wird ab dem 1.1.2011 die neue, kostenlose GdP-Kreditkarte (mit Partnerkarte) aufgelegt. Ausführliche Informationen zur Beantragung und den Konditionen erfolgen in der Dezember-Ausgabe der DP.

Diana Lühr

TAG DER DEUTSCHEN EINHEIT IN BREMEN:

Auf Wiedersehen und vielen Dank!

Der Landesbezirk Bremen der GdP bedankt sich bei allen Kolleginnen und Kollegen, die uns so tatkräftig unterstützt haben. Mit ihnen gemeinsam haben unsere Bremer Kolleginnen und Kollegen dafür gesorgt, dass die Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit 2010 weitgehend friedlich verliefen.

In diesen drei Tagen haben unsere Betreuungsteams der GdP von morgens bis einmal spät in die Nacht rund 1.000 Be-

cher Kaffee ausgeschenkt, rund 100 Liter Erfrischungsgetränke gereicht, rund 1.000 Kuchen und Doppelkekse verteilt und vor allen Dingen unseren „Einheitssticker“ an hunderten von Einsatzjacken befestigt.

Die Betreuung war für unsere Teams anstrengend. Aber es hat sich gelohnt. Wir kamen mit vielen Kolleginnen und Kollegen ins Gespräch, die dankbar für einen heißen Becher Kaffee waren. Und wenn wir oft hörten „Gut, dass es euch gibt!“, war es für uns das größte Geschenk.

Allen auswärtigen Kolleginnen und Kollegen ein „Auf Wiedersehen und vielen Dank!“ *Horst Göbel, Landesvorsitzender*

DVJJ:

Polizei im Vorstand

Novum bei der Deutschen Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e. V. (DVJJ): Erstmals hat eine Frau den Vorsitz übernommen und erstmals gehört ein Polizeibeamter dem Bundesvorstand an: Auf ihrem 28. Deutschen Jugendgerichtstages vom 11. bis 14. September 2010 in Münster/Westfalen wählte die Versammlung Frau Professor Dr. Theresia Höyneck zur Vorsitzenden der DVJJ. Damit steht zum ersten Mal eine Frau an der Spitze. Ebenfalls neu ist, dass ein Polizeibeamter dem Bundesvorstand angehört. Mit Ulrich Roeder, Kriminalhauptkommissar aus Mainz, ist nun auch diejenige Institution stärker eingebunden, die normalerweise am Anfang der staatlichen Reaktion auf jugendliche Devianz steht und folglich starken Einfluss sowohl auf die Person des jungen Menschen als auch auf das weitere Verfahren nimmt.

Die DVJJ ist Deutschlands Fachverband für die Jugendkriminalrechtspflege. Sie fördert die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen den Professionen der Jugendkriminalrechtspflege. Sie ist unabhängige Vermittlerin zwischen Praxis, Wissenschaft und Politik. Alle drei Jahre veranstaltet die DVJJ den Deutschen Jugendgerichtstag. Sie gibt die Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe (ZJJ) heraus, veranstaltet Fachtagungen und Fortbildungen und publiziert Schriftenreihen zu aktuellen Fragen der Jugenddelinquenz.

Zu den Gliederungen der DVJJ zählen die Bundesarbeitsgemeinschaften verschiedener Berufssparten. Die DVJJ-Bundesarbeitsgemeinschaft Polizei steht allen offen, die in der Polizei mit unter 21-jährigen Menschen befasst sind. Ansprechpartner ist Werner Gloss, Polizeiinspektion Zirndorf, Tel. 0911-96927-14.

red.



Bereitschaftspolizei – Einsatz in allen Lagen

Die Bereitschaftspolizei der 16 Bundesländer und des Bundes ist in ihrer Struktur und Aufgabenvielfalt so bunt, dass sie für viele ein unüberschaubares Gebilde ist. Zusätzlich entfaltet der Föderalismus seine Wirkung: Die Länder und der Bund entscheiden jeweils selbst, wie und wo sie ihre Bereitschaftspolizei vorhalten und welche Aufgaben sie wahrzunehmen hat. Daraus ergibt sich eine Vielzahl von unterschiedlichen Organisationsformen und Aufgabenzuweisungen. Für diesen föderativen Flickenteppich erscheint es sinnvoll, eine einheitliche Mindestanforderung an Personal und Aufbauorganisation zu definieren.

Der GdP-Bundesfachausschuss „Bereitschaftspolizei“ hat aus diesem Grund das Positionspapier „Operative Bereitschaftspolizei“* erarbeitet, in dem dokumentiert ist, wie aus Sicht der GdP die Bereitschaftspolizei der Länder und des Bundes aussehen und bewertet werden sollte und worin gegenwärtig die Probleme liegen.

Wer immer noch Vorstellungen davon hat, dass die Bereitschaftspolizei nicht weiß, wie sie ihre Zeit bis zum nächsten

Einsatz totschlagen soll und nur Weisungen ausführt, weiß nichts von der gängigen Praxis. Die Bereitschaftspolizei, die

bereit steht und auf ihren Einsatz wartet, die gibt es schon lange nicht mehr.

Belastungen

Die Belastung der Bereitschaftspolizei hat in den vergangenen Jahren erheblich zugenommen. Gestiegen sind nicht nur die Einsatzbelastungen selbst, sondern auch die Unterstützungseinsätze der einzelnen Bundesländer und auch der zunehmende Einsatz im europäischen Ausland. Nicht zu unterschätzen ist auch der „Service-Dienst“ der Bereitschaftspolizei für den Einzeldienst. Denn immer wenn es dort eng wird, wenn es besondere Lagen gibt – und die nehmen zu – ist die Bereitschaftspolizei gefragt. Diese besonderen Lagen aber ergeben sich meist am Wochenende. Und so kommen so



Brennende Mülltonnen: Nur eine Begleiterscheinung am Rande von Demonstrationseinsätzen.

Foto: ddp/Johannes Eisele



Belastende Momente: Bereitschaftspolizei sucht nach einem mutmaßlichen Kindermörder am Stadtrand von Leipzig.

Foto: ddp/Jens Schlueter

mancher Kollege und so manche Kollegin wochenlang nicht „aus den Stiefeln“. Zudem erfolgt während der Woche eine ständige Verschiebung der Dienstzeiten aus aktuellen Anlässen, so dass in der Bereitschaftspolizei von einer Planbarkeit von Familie, Freizeit und Beruf mittlerweile absolut keine Rede mehr sein kann. Die Kolleginnen und Kollegen fühlen sich teilweise verheizt und im Stich gelassen. Die Bereitschaftspolizei wird oftmals als Fremdkörper und als sogenannte „Bestellpolizei“ gesehen. Diejenigen, die sie für ständige Einsatzlagen brauchen, wissen dies auch zu schätzen. Diejenigen, die eher weniger Einsätze zu bewältigen haben, sehen die Bereitschaftspolizei lieber aufgelöst und dem Einzeldienst zur Verstärkung zugeschlagen. Aus diesem Grund halten wir es für unabdingbar, dass die Einheiten ihre Eigenständigkeit weiter behalten. Eine Verlagerung in andere Organisationsbereiche ist falsch, demotivierend und kontraproduktiv.

Diese Entwicklung gilt es umgehend zu stoppen, wenn die Bereitschaftspolizeien der Länder und des Bundes ihre Aufgaben auch weiterhin qualifiziert bewältigen sollen. Zahlenmäßig ausreichendes und gut ausgebildetes Personal mit entsprechend qualitativ hochwertiger Ausstattung ist hierfür unabdingbar!

In der Folge bedeutet dies jedoch, dass keine weiteren Einheiten aufgelöst oder verlagert werden dürfen, sondern es zwingend erforderlich ist, dass die durch die BRAS 140.1 vorgegebenen Sollstärken in den Ländern eingehalten werden und auch tatsächlich vorhanden sind.

In der Folge bedeutet dies jedoch, dass keine weiteren Einheiten aufgelöst oder verlagert werden dürfen, sondern es zwingend erforderlich ist, dass die durch die BRAS 140.1 vorgegebenen Sollstärken in den Ländern eingehalten werden und auch tatsächlich vorhanden sind.

Das ist die eine Seite der Belastung. Die andere aber ist die immer größere Aggressivität und Respektlosigkeit, mit der unserer Kolleginnen und Kollegen während ihrer Einsätze konfrontiert werden. Manche Medien sprechen dabei

Zahlenmäßig ausreichendes und gut ausgebildetes Personal mit entsprechend qualitativ hochwertiger Ausstattung ist ... unabdingbar.

verharmlosend von „erlebnisorientierten Jugendlichen“, aber wir meinen, jeder, der gezielt z. B. Steine, Flaschen und Molotowcocktails auf unsere Kolleginnen und Kollegen schmeißt, ist schlicht ein Straftäter.

Und letztlich wird die Situation der Bereitschaftspolizei durch Personalreduzierung verschärft. Alleine in den letzten beiden Jahren sind bundesweit 2.000 Stellen bei der Bereitschaftspolizei abgebaut worden.

Personalstärke, Dauer und Ort der Verwendung

2009 verfügten die Bereitschaftspolizeien der Länder über eine Sollstärke von 16.411 Bereitschaftspolizistinnen und -polizisten.

Die meisten Kolleginnen und Kollegen beginnen ihre berufliche Laufbahn in der Bereitschaftspolizei. Diese Verwendung der in der Regel lebensjüngeren Kolleginnen und Kollegen in den häufig heimatfernen Standorten der Bereitschaftspolizei führt nicht selten zu einem erheblichen Motivationsverlust. Lange Anfahrtswege und eine Trennung vom gewachsenen sozialen Umfeld sind eine Ursache dafür. Um diesen Motivationsverlust und die soziale „Entwurzelung“ so gering wie möglich zu halten, wird eine Mindestverwendungsdauer von zwei bis drei Jahren für zweckmäßig erachtet. Kürzere Verwendungszeiten können auf den Einsatzwert der Einheiten erhebliche Auswirkungen haben. Denn Erfahrung, Übung, professionelle Gelassenheit und eine kommunikative Deeskalation können in der Regel erst nach einer längeren Verwendungsdauer in der Bereitschaftspolizei erlangt werden.

Für die Spezialeinheiten wie Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten/Unterstützungskommandos und Technische Einsatzeinheiten sind auf Grund ihrer Spezialisierung längere Mindestverwendungszeiten erwünscht und vertretbar.

So, wie eine Mindestverwendungsdauer



Um Motivationsverluste und die soziale „Entwurzelung“ so gering wie möglich zu halten, wird eine Mindestverwendungsdauer von zwei bis drei Jahren für zweckmäßig erachtet. ... eine Höchstverwendungsdauer ... sollte bei vier bis fünf Jahren liegen.

erforderlich ist, ist im Interesse der betroffenen Gruppenbeamtinnen und -beamten eine Höchstverwendungsdauer festzulegen. Diese sollte bei vier bis fünf Jahren liegen.



Kaum Distanz: Unmittelbarer Kontakt mit einem Demonstranten.
Foto: ddp/David Hecker

Stellenwert

Ständig steigende Anforderungen an die psychische und physische Leistungsfähigkeit, permanente Aneignung von spezialisierten Fachkenntnissen, unaufhörliche Aufgabenvermehrung auf Grund steigenden Personalmangels, einhergehend mit ständig steigender Gewaltan-

wendung gegen einschreitende oder auch „nur“ ihren Dienst versehende Kolleginnen und Kollegen, erfordern auch für die Angehörigen der operativen Dienste der Bereitschaftspolizei eine gerechte Stellenbewertung. Die GdP fordert daher: Die Angehörigen der Bereitschaftspolizei gehören bundesweit in den gehobenen und höheren Dienst.

Einsatzbelastung

Dem Jahresbericht des Inspektors der Bereitschaftspolizeien der Länder 2009 ist zu entnehmen, dass sich die Anzahl der länderübergreifenden Einsätze der Bereitschaftspolizei von 89 Unterstützungseinsätzen in 2005 auf 160 Unterstützungseinsätze in 2009 erhöht hat. Allein von 2008 auf 2009 erhöhte sich die Anzahl der Unterstützungseinsätze um 33.

Diese Zahlen allein aber sind es nicht, welche die Belastungssteigerung ausmachen. Vielmehr sind es die vielfältigen Einsatzanlässe und die zunehmende Gewalt gegen die Kolleginnen und Kollegen. Verbunden mit dem Stellenabbau führt das zu einer nochmaligen Steigerung der Einsatzbelastung. Besonderes zu beachten ist hierbei der Schwerpunkt der Anforderungszeiten zum Wochenende.

Wer ständig am Wochenende Dienst versieht, wird vom sozialen Leben zunehmend ausgegrenzt. Sozial wichtige persönliche und gesellschaftliche Ereignisse finden schwerpunktmäßig an Wochenenden statt. Die ständige Unmöglichkeit der Teilnahme an diesen Ereignissen kann zu einer sozialen Isolierung führen. Selbst die Partnerfindung wird erschwert.

Es geht dabei nicht um ein freies Wochenende unter vielen, das für einen Einsatz geopfert werden muss, sondern genau umgekehrt: Es geht um das freie Wochenende zwischen den vielen anderen, an denen auf Grund des Dienstplans Dienst versehen werden muss.

Diese zusätzliche psychosoziale Belastung der Einsatzkräfte in den Einsatzeinheiten, ist aus GdP-Sicht weder gesellschaftlich noch arbeitsrechtlich hinzunehmen – auch nicht unter dem Deckmantel der Treuepflicht gegenüber dem Dienstherrn.

Die Belastung der Einsatzkräfte, die in geschlossenen Einheiten ihren Dienst verrichten, ist deutlich zu reduzieren. Dazu dienen folgende Maßnahmen, die kurzfristig umzusetzen sind:

- Gewährung von mindestens einem freien Wochenende pro Kalendermonat. Ist dies aus außerordentlichen, nicht vorhersehbaren Gründen nicht möglich, ist die Freizeit am nächsten Wochenende nachzuholen.

- Die Dienstpläne sind verlässlich zu gestalten, so dass eine konkrete Planbarkeit von Dienstzeiten und Freizeiten erfolgen kann.

- Um dies sicherzustellen, ist die Struktur der Bereitschaftspolizeien im Bund und in den Ländern so zu modifizieren, dass unter dem Stichwort „Geber- und Nehmerländer“ eine ausgeglichene Verteilung der Einsatzzeiten möglich ist.

- Eine Reduzierung der landeseigenen Kräfte zum Zwecke der Einsparung von

Gegründet wurden die Bereitschaftspolizeien der Bundesländer aufgrund eines Verwaltungsabkommens zwischen dem Bund und den Ländern vom 27. Oktober 1950. Dieses Verwaltungsabkommen, das in der Zwischenzeit mehrfach geändert und an die sich entwickelnden Gegebenheiten anpasst wurde, bildet auch heute noch die Grundlage der Bereitschaftspolizei.

In der BRAS (Bestimmungen, Richtlinien, Anweisungen und Sammlungen von Katalogen und Nachschlagewerken) 140.1 werden das Musterverwaltungsabkommen und die einzelnen Abkommen zwischen den Bundesländern und der Bundesrepublik Deutschland veröffentlicht. Die Abkommen regeln Organisation, Stärke, Gliederung, Inneren Notstand und den Einsatz im Verteidigungsfall. Der Bund unterhält eine eigene Bereitschaftspolizei (Bundesbereitschaftspolizei) in der Organisation der Bundespolizei.

Grundlage für das Verwaltungsabkommen sind die Artikel 53 Abs. 2 S. 2, Abs. 3, Art. 91 Abs. 2 und Art. 115f des Grundgesetzes.



BEREITSCHAFTSPOLIZEI



Professionell vorbereitet: Während einer Kundgebung von Neonazis in Bad Nenndorf bei Hannover.

Foto: Bernd von Jutrczenka/dpa

Die Angehörigen der Bereitschaftspolizei gehören bundesweit in den gehobenen und höheren Dienst.

Geld im Sachmittel und Besoldungshaushalt hat zu unterbleiben.

- Jedes Land hat so viele geschlossene Einheiten vorzuhalten, wie es der eigene Bedarf für regelmäßige, nicht nur vorübergehend auftretende, Polizeilagen objektiv erfordert. Eine Reduzierung des eigenen Potenzials auf Kosten der Kräfte anderer Länder ist nicht akzeptabel und hat zu unterbleiben.

- Aufgrund der steigenden Anzahl von polizeilichen Lagen, die den Einsatz geschlossener Einheiten erfordern, ist entweder ein Konzept zu entwickeln, das einen niedrigeren Kräfteansatz vorsieht (mit allen daraus politisch resultierenden Folgen), oder es ist eine deutliche Aufstockung der momentan geltenden Soll-Personal-Ausstattung vorzusehen, die sich in der Praxis dann auch realistisch als Ist-Ausstattung darstellt.

Gesundheitsförderung

Aus Belastungen werden Beanspruchungen, und aus dauerhaften Beanspruchungen entstehen Krankheiten. Stresssyndrome oder Burn-out sind bei Einsatz-

kräften längst keine Ausnahmen mehr. Die Häufung von psychosomatischen Erkrankungen wird durch die ständige Belastung mit schwierigsten Einsatzlagen bei gleichzeitigem Entzug der notwendigen Regenerationszeit provoziert. Fehlentscheidungen und Fehlreaktionen werden zwangsläufig zunehmen.

Neben einer notwendigen, sachgerechten Personalaufstockung ist es daher dringend erforderlich, ein sinnvolles Gesundheitsmanagement bei den Bereitschaftspolizeien der Länder und des Bundes einzubinden.

Internationale Einsätze

Die Globalisierung zeigt sich auch bei Großereignissen, wie Fußballspielen mit international reisenden Hooligans, Demonstrationen anlässlich internationaler politischer Gipfel, internationalen Aufmärschen der rechten Szene, Punkerfestivals und dergleichen. Bilder aus Genua, Heiligendamm, Rostock, Straßburg, Rom, Kopenhagen sind in Erinnerung. Längst ist bei solchen polizeilichen Großlagen eine deutliche Zunahme der Gewalt zwischen den multinational zusammengesetzten Teilnehmern der Konfliktparteien und vor allem gegenüber der Polizei zu verzeichnen.

Bislang blieben bei diesen Einsätzen bislang kritische polizeiliche Situationen für die deutschen geschlossenen Einheiten weitgehend aus. Trotz intensiver Vorbereitungen blieben allerdings grundsätzliche und existenzielle Fragen (insbesondere

bei den Rechtsgrundlagen für die Unterstützungen, dem Einschreitverhalten und der Einsatzphilosophie, einschließlich der Anwendung von Zwangsmitteln, der Beweissicherung sowie Dokumentation) bis

Im bundesweiten Vergleich sind folgende Organisationsformen auszu-machen:

- Bereitschaftspolizeipräsidien (BPP)
- Bereitschaftspolizeidirektionen (BPD/Dir)
- Bereitschaftspolizeiabteilungen (BPA)
- Bereitschaftspolizei-Hundert-schaften (BPH)
- Technische Einsatzeinheit (TEE)
- Beweissicherungs- und Festnah-meeinheit der Bereitschaftspo-lizei (BFE)
- Unterstützungskommandos (USK)

In den einzelnen Ländern und der Bundespolizei ergeben sich auch völ-lig unterschiedliche Aufgaben der Bereitschaftspolizei:

- Einstellung und Ausbildung der unterschiedlichen Laufbahnen
- Fortbildungsaufgaben
- Hubschrauberstaffel, Reiterstaffel und Diensthundführerstaffel
- Polizeiarztlicher Dienst
- Kfz-Werkstätten
- Polizeiküchen usw.





Großaufgebot wieder am Wochenende: Neonazi-Aufmarsch mit Bürgerprotesten und Mahnwachen.
Foto: dpa/Jan Woitas

zuletzt ungeklärt. Fehlende Regelungen hinsichtlich fürsorgerechter Ansprüche bei Verletzungen, Erkrankungen und dadurch eintretende Dienstunfähigkeit oder gar des Todes, belasten das Einsatzpersonal nicht unerheblich.

Die bestehenden Verträge und Abkommen regeln vorwiegend allgemeinpolizeiliche Angelegenheiten, die kriminalpolizeiliche Zusammenarbeit sowie Fragen des Datenaustausches und dergleichen. Die zunehmende europäische Nachbarschaftshilfe geschlossener Einheiten der Bereitschaftspolizeien erfordert jedoch spezifische Regelungen und generell verankerte Mindeststandards zwischen den Staaten. Die Vertragswerke müssen für die Besonderheiten der Großeinsätze der geschlossenen Einheiten nachgearbeitet und vereinheitlicht werden.

Auch die rechtlichen Fragen: „Nach wessen Recht wird die Einsatzkraft gegebenenfalls zur straf- und zivilrechtlichen Verantwortung gezogen?“, „Welches Recht (das des Entsendelandes oder das des Abforderlandes) gelangt zur Anwendung?“

Außerdem sind fast alle Einsätze der deutschen geschlossenen Einheiten im europäischen Ausland durch technische, polizeitaktische und sprachliche Abstimmungsschwierigkeiten mit den entsprechenden nationalen Einsatzkräften behindert oder verlangsamt worden.

Gewerkschaftliche Forderungen sind daher insbesondere:

- Vereinheitlichung der Rechtsgrundlagen,
- Vereinheitlichung der Kommunikationstechnik,
- Erarbeiten und Einführung einer euro-

päischen Polizeidienstvorschrift,

- Einführung einer gemeinsamen Einsatzsprache,
- Erarbeitung und Einführung einheitlicher Standards in der Unterbringung und Versorgung,
- eindeutige rechtliche Absicherung der eingesetzten Kolleginnen und Kollegen im Straf-, Zivil-, Disziplinar- und



Kontrolle vor dem Eintreffen des Castor-Transports. Foto: ddp/Roland Magunia

- Fürsorgerecht,
- adäquate Vergütung der Einsatzzeiten und Reisekosten,

- Berücksichtigung dieser zunehmenden neuen internationalen Aufgaben in den Personalstärken und den Strukturen der Bereitschaftspolizeien.

Perspektiven

Durch den Abbau von Personal in den Bereitschaftspolizeien der Länder und des Bundes und den Missbrauch des vorhandenen Personals als Personalpool für den Einzeldienst gestaltet sich die Zukunft für die Bereitschaftspolizei problematisch.

Daher ist als erste Maßnahme der weitere Abbau der Bereitschaftspolizei sofort zu stoppen.

Eine Perspektive hat die Bereitschaftspolizei nur, wenn:

- die Kolleginnen und Kollegen des polizeilichen Einzeldienstes endlich personell in die Lage versetzt werden, ihre originären Aufgaben, wie die tägliche Bekämpfung der Kriminalität und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung aus eigener Kraft zu bewältigen, und die Bereitschaftspolizei nicht als Lückenspringer zweckfremd eingesetzt wird,
- eine klare Aufgabenabgrenzung zwischen polizeilichem Einzeldienst und der Bereitschaftspolizei erfolgt,
- die Bereitschaftspolizei für ihre originären Aufgaben eingesetzt wird,
- ihr ausreichende Trainingszeiten für die Bewältigung ihrer originären Einsatzlagen zur Verfügung stehen.

Wenn die Reihenfolge

1. Bewältigung der Einsätze und
 2. dementsprechende Fortbildung
- eingehalten wird, kann die Bereitschaftspolizei selbstverständlich dem Einzeldienst als zusätzliche Unterstützung zur Verfügung stehen.

Wenn die Forderungen der GdP für eine zukunftsorientierte Ausrichtung der Bereitschaftspolizei bei der Politik ankommen und umgesetzt werden, wäre das eine gute Grundlage für eine professionell ausgebildete, gut ausgestattete, hoch motivierte, angemessen bewertete und somit gut funktionierende Bereitschaftspolizei.

Bernhard Schmidt,
Vorsitzender des Bundesfachausschusses Bereitschaftspolizei der GdP

**Da auf Grund der vielen verschiedenen Organisationsformen und Aufgabenzuweisungen in den Ländern eine gesamtheitliche Betrachtung der Organisation Bereitschaftspolizei nicht möglich war, ist das Positionspapier im Wesentlichen auf die „operative Bereitschaftspolizei“ begrenzt.*



Darf's ein bisschen mehr sein?

Einblick in den Alltag der Bereitschaftspolizei NRW

Einsatzbelastung, mangelhafte Verpflegung und Gewalt – einen Einblick in den Alltag der Bereitschaftspolizei in Nordrhein-Westfalen gibt Markus Szech, 28, stellvertretender Landesjugendvorsitzender der nordrhein-westfälischen GdP. Seit 2008 ist er Gruppenbeamter in der 15. Bereitschaftspolizei in Köln. Der Vater von zwei kleinen Kindern hat bereits Anfang Oktober 303 Mehrdienststunden auf seinem Stundenkonto.

Ausstattung

Schaut man sich die NRW-Hundertschaften im Bundesvergleich an, stellt man schnell fest, dass sie nicht nur mit einem qualitativ hochwertigen Sitec ausgestattet sind, sondern auch alle Beamte einheitlich eingekleidet sind. Ein Einsatzmehrzweckstock, ein moderner Helm, eine eigene, passende Körperschutzausstattung – bezüglich der Minimalausstattung kann man sich in NRW zufrieden geben. Selbst die NRW-Alarmzüge verfügen über dieselbe Ausstattung wie die Kolleginnen und Kollegen der Hundertschaften.

Fragt man jedoch nach der Ausstattung mit Funkgeräten hört man wahrscheinlich dieselben Klagen wie in den anderen Bundesländern. Die veralteten Funkgeräte sind nicht nur störanfällig, sondern auch oft defekt.

Überdies treten mit der gut gemeinten Ausstattung in der Praxis auch schon mal Probleme auf. So wurde für alle Einsatzhelme ein großflächiger Kinnschutz angeschafft. Dieser bietet zwar einen guten Schutz vor Schlägen, verhindert jedoch ein Absenken des Kopfes, erschwert die Atmung unter Belastung und verwehrt die Sicht zum Boden. Der Sicherheitsgewinn relativiert sich somit bestenfalls.

Einsatzbelastung

Schon nach den ersten Wochen in der Bereitschaftspolizei gewinnt man den Eindruck, dass eine hohe Einsatzbelastung und das Anhäufen von Mehrdienststunden scheinbar mit der Bereitschaftspolizei verheiratet sind – und man selbst irgendwie auch.

Freunde treffen, Zeit mit der Familie verbringen oder Sport treiben im Verein stellt sich auf einmal als problematisch heraus.

Das Hauptproblem ist hier vor allem die „Unplanbarkeit“ des Privatlebens. Ursächlich hierfür sind die sich ständig ändernden Dienstzeiten und Einsatzanlässe, sowie die unkontinuierlichen Wechsel und

die Tatsache, dass Hundertschaftsbeamte Alarmierungskräfte sind, die man gegebenenfalls einfach aus dem Dienstfrei „heraus telefonieren“ kann.

Zusätzlich haben die Hundertschaften zahlreiche Kontingenteinsätze zu bewältigen. Hierbei werden die Beamten, soweit sie nicht in Sondereinsätzen gebunden sind, geschlossen zur Unterstützung der Polizeidienststellen herangezogen, oftmals ohne das Potenzial der Bereitschaftspolizei wirklich zu nutzen. Häufig geht es hierbei „nur“ um Präsenzeinsätze oder das massive Erheben von Verwarngeldern im Verkehrssektor.

Um eine gewisse Planungssicherheit gewährleisten zu können, steht den Beamten der Bereitschaftspolizei in NRW pro Monat ein so genanntes „erlassfreies Wochenende“ zu, welches – der Name impliziert es bereits – den Kolleginnen und Kollegen per Erlass zugesichert ist. Ich wage jedoch zu behaupten, dass es in NRW nur wenige Erlasse gibt, gegen die so häufig „verstoßen“ wird wie gegen oben genannten. Ursächlich für die Streichung sind keinesfalls willkürliche oder undurchdachte Planungen, sondern der hohe Kräftebedarf an den Wochenenden, der es oftmals unmöglich macht, eine ganze Hundertschaft ins freie Wochenende zu entlassen.

Eine generelle Vorplanung in Früh- und Spätdienst, wie sie in NRW für die Bereitschaftspolizei vorgesehen ist, kann aufgrund der Einsatzanlässe fast nie eingehalten werden. Gerade diese Wechsel und die oftmals weit über acht Stunden hinausgehenden Einsätze, stellen eine enorme Belastung dar.

Dies wird vom Dienstherrn jedoch weder anerkannt noch finanziell ausgeglichen. Gerade hier sind die Kolleginnen und Kollegen der Bereitschaftspolizei schlechter gestellt, als ihre Kollegen im Wach- und Wechseldienst. Diese bekommen nämlich die klassische Wechselschichtzulage in Höhe von 51,13 Euro, während einem Bereitschaftspolizisten lediglich 17,90 Euro zustehen. Diese Differenz, die sich im Jahr immerhin auf 398,76 Euro beläuft, besteht





Markus Szech, 28, Anfang Oktober 303 Mehrdienststunden.

Foto: privat

oftmals zu unrecht. Gerade aufgrund der langen Einsatzdauern, Nachteinsätzen und den teils frühen Dienstbeginn zu Nachtzeit, leisten die Kolleginnen und Kollegen der Bereitschaftspolizei in einigen Monaten mehr Nachtstunden, als sie prinzipiell benötigen, um zulageberechtigt zu sein.

Dieser Zustand ließe sich durch eine eigene BP-Zulage beseitigen und würde die Beamten für die vollkommene Einschränkung ihres Privatlebens zumindest finanziell entschädigen.

Langfristig wird der Personalkollaps nur durch die Erhöhung der Einstellungszahlen und den Aufbau weitere Hundertschaften verhindert werden können.

Verpflegung

Da Bereitschaftspolizisten hauptsächlich in Groß-, oder mehrtägigen Einsätzen verwendet werden, ist die Einsatzverpflegung von enormer Wichtigkeit. Gerade hier bestehen jedoch oftmals gravierende Differenzen zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Einerseits stellt der Dienstherr an seine Beamten hohe Anforderungen im Bereich Gesundheit und körperliche Fitness, andererseits erinnern die Verpflegungsbeutel oftmals, abgesehen von einem fettigen Stück Fleisch, eher an die Sankt Martinstüte eines Grundschulkindes, und eben nicht an eine vollwertige und gesunde Mahlzeit. Doch der Wunsch nach weniger Süßigkeiten und mehr gehaltvollen Lebensmitteln skizziert die Höhen und Tiefen der Verpflegungssituation keinesfalls abschließend. Jüngst erfuhr die NRW-Verpflegung durch den so genannten „Schnitzelskandal“ eine bis dato ungekannte mediale Aufmerksamkeit. Auslöser waren blutverschmierte Verpfle-

gungsbeutel und rohe Schnitzel, die man dutzenden Beamten vorge-setzte hatte. Dieser Vorfall musste sich erst wiederholen, bis der Innenminister die fristlose Kündigung der Verträge mit dem betreffenden Catering-Unternehmen verfügte. Dass Caterer oftmals jedoch nicht mit den, in NRW leider der Vergangenheit angehörenden, Einsatzküchen mithalten können, steht nicht erst seit

dem „Schnitzelskandal“ fest.

Fortbildung

Bei den speziellen Einsatzanlässen und Einsatzmitteln der Bereitschaftspolizei ist die Fortbildung ein elementarer Teil des Dienstes. Der Anteil der Fortbildung, bemessen an der Wochenarbeitszeit, wurde in der Vergangenheit von 30 auf 20 Prozent reduziert. Dies ist gerade für die geforderte Fitness der Kolleginnen und Kollegen ein gravierender Einschnitt.

Für diejenigen, die dies für einen Luxus innerhalb der Dienstzeit halten, lohnt sich noch einmal ein Verweis auf die Realität. Die Fortbildung innerhalb der Bereitschaftspolizei ist unabdingbar, um in derart großen Verbänden effektiv, professionell und strukturiert zusammenarbeiten zu können. Neben den Pflichtstunden für das Schießen-/Nichtschießen und denen für Eingriffstechniken, gibt es Pflichtstunden und eine jährliche Überprüfung für das Training mit dem Einsatzmehrzweckstock. Zusätzlich ist das Ablegen des Deutschen Sportabzeichens obligatorisch. Ebenfalls finden Übungen, Formalausbildung und Fachvorträge in der Fortbildungszeit statt. Übrig bleibt ein geringer Stundenanteil, der beispielsweise für das Laufen oder für Kräftigungsübungen genutzt wird. Das Argument, dass man dies in seiner Freizeit durchführen könnte, klingt vor dem Hintergrund der langen Einsätze nicht überzeugend, da man oftmals ohnehin kaum zu Hause ist. Hält man sich dann noch vor Augen, dass Hundertschaftsbeamte die Körperschutzausstattung, die vom Hersteller für das kurzfristige Tragen unter einer Stunde entwickelt wurde, meistens über Stunden trägt, ist eine gute körperliche Fitness für

die Einsatzfähigkeit der Kolleginnen und Kollegen unerlässlich.

Um dies realisieren zu können muss ein deutliches Zugeständnis zu Gunsten der Fortbildung gemacht werden. Die Gewichtung von Kontingenteinsätzen hingegen, bei denen ganze Züge teilweise „verbraten“ werden, muss kritisch überprüft werden.

Gewalt

Beschränkt man seine Informationsgewinnung rein auf die Medien, könnte man den Eindruck erhalten, dass sich die Großeinsätze in NRW, in denen es zu Gewalttätigkeiten kommt, stark in Grenzen halten. Das mag in gewisser Weise auch für Großveranstaltungen gelten, die nicht derartige Ausmaße annehmen wie in Berlin oder Hamburg. Fragt man jedoch irgendeinen beliebigen Kollegen, ob er dienstlich schon mal Gewalt erlebt hat, wird er dies bejahen.

Ob Randalen bei Fußballspielen, Schlägereien an Karneval, Bewurf mit Feuerwerkskörpern, oder Auseinandersetzungen im Rahmen von Einsatzunterstützungen, bisher haben die meisten Kolleginnen und Kollegen, ich schließe mich hier ein, alle dies körperlich unverletzt überstanden. Somit hält sich auch die Brisanz für die Medien in Grenzen. Von Kolleginnen und Kollegen, die Opfer von links- oder rechtsradikalen Hetzkampagnen im Internet werden und ihre Portraitfotos in Steckbriefform auf radikalen Internetseiten wieder finden, bis hin zu eingeschlagenen Autoscheiben und gelösten Radmuttern auf den Bedienstetenparkplätzen der Hundertschaftsniederlassungen, gibt es Vieles, das nicht in die öffentliche Wahrnehmung gelangt, aber Weniges, das man in gerade einmal zwei Jahren Hundertschaft nicht schon erlebt hat.

Doch es gibt auch Situationen ohne körperliche Gewaltanwendung, die einen nachdenklich stimmen und auf Dauer ihre Spuren hinterlassen werden. Die Vorstufe von offen zu Tage tretender Gewalt gegen Polizeibeamte, nämlich die steigende Respektlosigkeit, ist auch den gut „gerüsteten“ Bereitschaftspolizisten bestens bekannt. Denn offensichtlich hat es sich herum gesprochen, dass man üble Beleidigungen und natürlich den zum Klassiker mutierten Slogan „ACAB – all cops are bastards“, den Beamten entgegenbrüllen kann, ohne von der Judikative dafür belangt zu werden.

Auch wenn es in NRW noch keine derartige Gewaltmassierung wie in Berlin gibt, sind die Tendenzen unübersehbar. Ohne die nötigen Konsequenzen für Gewalttäter, wie beispielsweise durch einen eigenen Straftatbestand, wird auch die beste Deeskalationsstrategie bald nur noch ins Leere laufen.

Markus Szech





Schwere Einsätze erfordern optimale Logistik

„Versorgung dient dem Erhalt bzw. der Steigerung des Einsatzwertes von Einsatzkräften und ist damit wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Bewältigung von Einsätzen.“ Und: „Versorgung ist Führungsaufgabe.“ Diese Zitate sind dem Leitfaden 150 (LF 150) – Versorgung der Polizei im Einsatz – entnommen.

Besser und prägnanter kann die Versorgung – dazu gehören u.a. die Unterbringung und Verpflegung – im Einsatzfall nicht umschrieben werden.

liegen teilweise im Nahbereich des Haupteinsatzgebiets. Es handelt sich dabei um Unterkünfte mit festen Bauwerken, die in der Regel mit Sanitär- und Wohncontainern ergänzt werden, und um Containerdörfer mit Festcontainern.

Der LF 150 sieht vor, dass der Einsatzort von der Unterkunft aus in 60 Minuten erreichbar sein soll. Eine Vorgabe, die bei diesem Einsatz nicht überall umsetzbar ist und zu einer nicht unerheblichen Zusatzbelastung führt. Das heißt: längere Fahrzeiten, weniger Erholungszeiten.

Die absolute Mehrzahl der Unterkünfte haben bei unserer Besichtigung im Vorfeld des Einsatzes einen guten, mindestens jedoch einen akzeptablen Eindruck hinterlassen. Sie machen einen großzügigen Eindruck, sind sauber und teilweise frisch renoviert.

Allerdings ist die scheinbare räumliche Großzügigkeit schnell dahin, wenn die ersten Kräfte anreisen; dann verändert sich das Bild erheblich: Die vormals großzügig erscheinenden Liegenschaften erweisen sich oftmals als überbelegt, ohne ausreichende Stellflächen für Kfz und Gerätschaften.

Die vorgegebenen vier Quadratmeter als Mindestplatzbedarf für jede Einsatzbeamtin und jeden Einsatzbeamten können als nicht als ausreichend angesehen werden, beinhalten diese vier Quadratmeter doch auch den Raum für Bett, Schrank, Tisch und Stühle. Hinzu kommt noch der Platz, der für das umfangreiche Einsatzzubehör benötigt wird. Erholung und Entspannung nach körperlich und psychisch kräftezehrenden Einsätzen ist so nicht möglich! Perspektivisch müssen die festgeschriebenen vorge-

Ein Einsatz, der die Verantwortlichen vor große, manchmal schier unlösbare Probleme stellt.

Mehr als 10.000 Kolleginnen und Kollegen müssen allein in Niedersachsen den Transport der Castore nach Gorleben sichern. Wie die Kollegen untergebracht, wie sie verpflegt werden und wo es Nachbesserungsbedarf gibt, das haben sich Anfang Oktober Personalräte und GdP-Vertreter der beteiligten Länder vor Ort angesehen.

Im Großen und Ganzen gibt es wenig zu bemängeln:

Für die Kräfte, die im Bereich von Lüneburg bis Gorleben zum Einsatz vorgesehen sind, werden neun Unterkünfte zur Verfügung gestellt. Diese Unterkünfte

Eine besondere Bedeutung kommt dem LF 150 bei länderübergreifenden Unterstützungseinsätzen (UE) zu. Das gilt insbesondere, wenn es um mehrtägige UE geht, wie sie z. B. jetzt anlässlich des Castortransports von La Hague nach Gorleben bevorstehen.



Ruhe vor dem Sturm – frisch renovierte Unterkunft.



Ungeliebte Containerunterkünfte harren ihrer „Gäste“.



CASTOR-EINSATZ



Erster Proteste – so friedlich wird es nicht bleiben.

Fotos: (3) Schmidt

sehen vier Quadratmeter überprüft und korrigiert werden.

Festzustellen ist, dass sich die Gesamteinsatzleitung ständig bemüht, die Versorgungssituation für die Einsatzkräfte zu verbessern und seit 1995 (Beginn der Castortransporte nach Gorleben) Beachtliches erreicht hat. Es geht aber immer noch besser. Gerade im Hinblick auf die Unterbringung der Einsatzkräfte. Dazu ist es erforderlich Geld in die Hand zu bekommen und Liegenschaften zu erhalten, die den Verzicht auf Wohn- und Sanitärcontainer ermöglichen. Das ist kein Luxus. Das untermauert nur den Wahrheitsgehalt des Eingangszitates aus dem LF 150:

„Versorgung dient dem Erhalt bzw. der Steigerung des Einsatzwertes von Einsatzkräften und ist damit wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Bewältigung von Einsätzen.“

Dank sei dem Gesamteinsatzleiter für seine Anweisung gesagt, alles zu veranlassen, was unter den gegebenen Bedingungen die Einsatzsituation der Einsatzkräfte erleichtert, z. B. durch frisches Renovieren die Gebäude so herzurichten,

dass für die Erholungszeit eine weitestgehend angenehme Umgebung gewährleistet ist. Hier und jetzt auch schon der Dank an alle Einsatzkräfte und Beschäftigten, die für das Wohl der operativen Einheiten arbeiten werden.

Die Gewerkschaft der Polizei wird sich weiterhin mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln dafür einsetzen, dass der LF 150 in eine Polizeidienstvorschrift umgewandelt wird.

Für alle beteiligten Einsatzkräfte steht ein schwerer Einsatz bevor, der durch das Agieren der Bundesregierung in Sachen Atomenergie und Atommüllendlagerung nicht einfacher wird. Wie immer steht die Polizei zwischen allen Fronten und wird ihren gesetzlichen Auftrag korrekt erfüllen – ohne Ansehen der Person und ohne Rücksichtnahme auf die eigene Meinung zur Problematik der Atomkraftnutzung und ihrer ungeklärten Entsorgungsfragen.

Dafür haben wir ein Recht, aus diesem Einsatz unverletzt und ohne Beleidigungen und andere persönliche Angriffe an unsere Heimatstandorte zurückzukehren.

Bernhard Schmidt

GdP-Betreuerteam vor Ort

Die GdP in Niedersachsen wird die Kolleginnen und Kollegen auch während ihres diesjährigen Castor-Einsatzes betreuen. Neben Dietmar Schilff, stellv. Landesvorsitzender, Martin Hellweg, Vors. PPHR Nds. und Reiner Fischer, Pressesprecher der GdP Nds., wird der stellvertretende Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut wieder mit vor Ort sein. DP befragte ihn kurz:

Du wirst auch in diesem Jahr wieder beim Castor-Transport vor Ort sein. Wo genau?

Wir werden bei den Einsatzkräften und den möglichen Brennpunkten zwischen Lüneburg und Gorleben zu finden

sein – klar erkennbar an unseren leuchtend gelb/grünen GdP-Jacken.

Inwiefern bietet Ihr Hilfe für Kolleginnen und Kollegen an?

Wie auch in den Jahren vorher wol-



CASTOR-EINSATZ



Rainer Fischer und Bernhard Witthaut während des letzten Castor-Einsatzes im Gespräch mit Kollegen. Foto: Holecek

len wir uns z. B. kümmern, wenn die Verpflegung nicht stimmt, wenn es Probleme mit der Unterbringung oder mit den Ablösezeiten gibt. Beim letzten Mal konnten wir z. B. Kolleginnen und Kollegen die stundenlang wegen der Einsatzlage von der Versorgung abgekoppelt waren, helfen, so dass sie wieder verpflegt wurden.

Gibt es feste Termine?

Nein, feste Termine gibt es nicht. Wir werden lageangepasst reagieren. Es steht aber fest, dass wir ab den 5.11. bis Einsatzende vor Ort sind. Es sind aber nicht nur Betreuerinnen und Betreuer aus Niedersachsen am Einsatzort, sondern auch aus anderen GdP-Landesbezirken und -Bezirken.

Wie seid Ihr im „Problemfall“ erreichbar?

Das geht über den „direkten Draht“: 0171-97 39 416 – darunter ist Reiner Fischer aus unserem Team zu erreichen und ich selbst unter 0172-71 06 114.

Auch die JUNGE GRUPPE wird wieder zur Betreuung der Einsatzkräfte während des Castor-Transports unterwegs sein. Was ihr Team bietet und wie die Kolleginnen und Kollegen zu erreichen sind, steht auf dem nachfolgend abgebildeten Flyer, der auch vor Ort verteilt wird.



Die nächste Tarifrunde wird wieder die schwierigste ...

Vorbereitung der Tarifrunde 2011 mit der TdL

Die Vorbereitungen zur Einkommensrunde 2011 mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) laufen. Ende September tagten Vertreterinnen und Vertreter der Großen Tarifkommission (GTK) der Gewerkschaft der Polizei mit GdP-Landesvorsitzenden in Berlin, um zu besprechen, in welcher Weise die Anfang 2011 beginnenden Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst begleitet werden können.

Überlegungen zu Aktionen, Warnstreiks, Streiks und anderen Maßnahmen wurden angestellt. Dazu gehörte auch die Frage der Einbeziehung der Beamtinnen und Beamten, wie deren Unterstützung aussehen könnte, sowie die Mobilisierungsfähigkeit an sich.

Nicht leicht zu beantwortende Fragen angesichts der Dauerbelastung aller Beschäftigten in der Polizei, Reformängsten

in den Ländern und dem Föderalismus, wodurch die Übertragbarkeit von Tarifergebnissen auf den Beamtenbereich immer mehr Phantasie verlangt – inhaltlich wie zeitlich. Nichts desto trotz wurde beschlossen, „gemeinsame Sache“ zu machen und die Tarifverhandlungen kreativ zu begleiten.

Eine andere – ureigenste – Aufgabe liegt am 3. Dezember 2010 aber noch bei der

Großen Tarifkommission: Die Aufstellung der Forderung für die Einkommensrunde 2011 mit den Länderarbeitgebern – außer Berlin und Hessen, die beide nicht der TdL angehören. Am 14. Dezember 2010 wird die GdP-Forderung dann in die gemeinsame Forderung der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes (neben der GdP, ver.di, GEW, IG BAU und dbb/tarifunion) einfließen.

Wirtschaftswachstum, Inflationsrate, Nachholbedarf, der Blick auf die „benachbarte TVöD-Tabelle“, steigende Beiträge in der Krankenversicherung u.a. werden Begründungselemente für die Forderung sein. Dazu gibt auch aktuelle Zahlen: Seit 14. Oktober 2010 liegt das

Herbstgutachten vor. Es prognostiziert für 2010 ein Wachstum, das über allen Erwartungen liegt. Denn die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten in ihrem Herbstgutachten diesem Jahr ein Wirtschaftswachstum von 3,5 %.

Im kommenden Jahr soll der Zuwachs geringer ausfallen und das Bruttoinlandsprodukt um zwei Prozent zulegen.

Es spricht vieles dafür, dass Deutschland bereits wieder im kommenden Jahr den Maastricht-Vertrag einhalten und bei der Neuverschuldung unterhalb der geforderten 3-%-Grenze bleiben wird. Die Defizitquote soll 2011 nur noch 2,7 % betragen, nach einem Defizit von 3,8 % in 2010. Die Zahl der



Kerstin Philipp, im GBV der GdP u.a. zuständig für Tarifpolitik und Tarifrecht

Foto: GdP

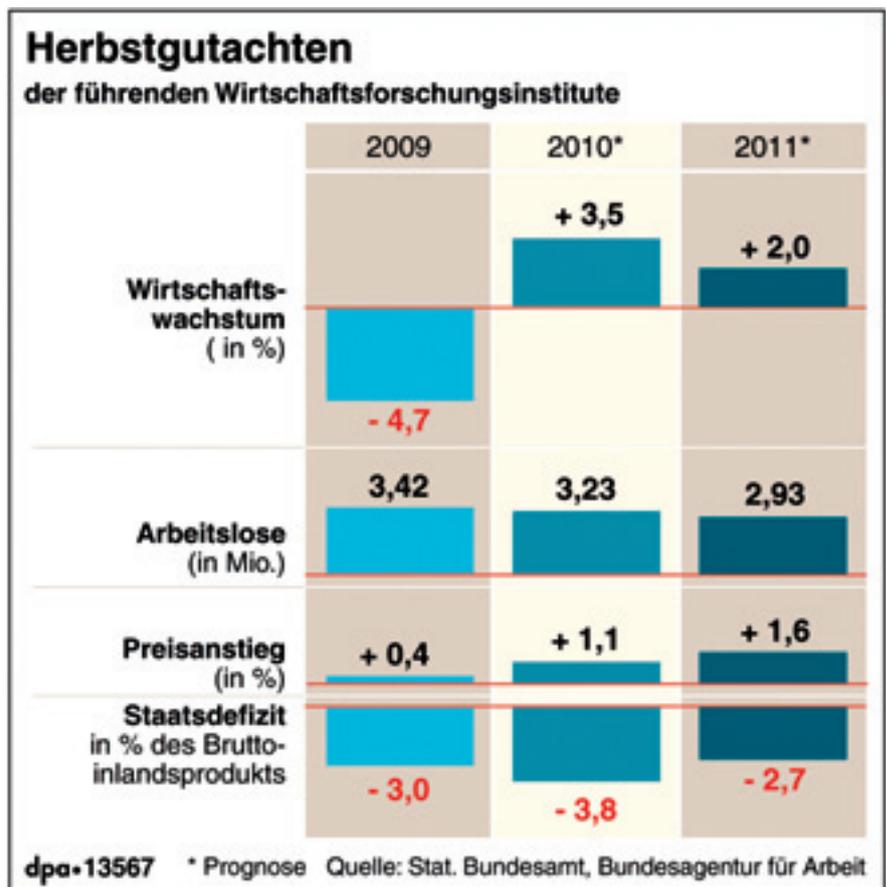
Arbeitslosen soll laut Gutachten 2011 im Schnitt unter drei Millionen liegen.

Zu den acht Instituten, die das Herbstgutachten erstellt haben, zählen federführend das Münchner Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, das Kieler Institut für Weltwirtschaft, das Institut für Wirtschaftsforschung Halle sowie das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung in Essen.

Und die Verbraucherpreise sind für 2010 bei 1,1 % und in 2011 bei 1,6 % prognostiziert. Macht summa summarum einen kostenneutralen Verteilungsspielraum von 4,6 % (2010) bzw. 3,6 % (2011).

Wieder keine leichte Aufgabe für die GTK: Einerseits gute Konjunkturdaten – Politiker, Wissenschaftler und Medien sprechen sich seit Jahren erstmals wieder für kräftige Lohnsteigerungen aus – andererseits schlägt sich die gute Konjunkturentwicklung erst mit Verzögerung in den Steuereinnahmen der Länder nieder und die Länder sind durch Vorgaben der sogenannten Schuldenbremse zur Verminderung der Netto-Kreditaufnahme verpflichtet. Hinzu kommt, dass der Stabilitätsrat einige Länder besonders im Blick hat: Berlin, Schleswig-Holstein, Saarland und Bremen werden bis Mai 2011 unter die Lupe genommen, ob diese vier hochverschuldeten Länder die Vorgabe der Schuldenbremse im Grundgesetz einhalten können. Von den Ländern wird verlangt, dass sie praktisch ab 2019 ohne Neuverschuldung auskommen. Kaum zu erwarten, dass das keine Rolle in den Verhandlungen spielen soll.

Allerdings waren steigende Einnahmen



der Länder bis einschließlich Juli 2010 um plus 1,5 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum zu verzeichnen, mit leicht rückläufigen Steuereinnahmen. Und die Ausgaben sind gesunken: minus 2,6 % bis einschl. Juli 2010 gegenüber dem Vorjahreszeitraum (Zahlen Bundesfinanzministerium).

Und dann muss die GTK auch noch die Frage klären, ob es eine reine Entgeltrunde mit einer linearen Forderung geben soll oder ein Forderungspaket, in dem auch andere Faktoren eine Rolle spielen (z. B. Altersteilzeit, Entgeltordnung, Übernahmeregungen für Auszubildende, Angleichung Ost, Differenzierungsklauseln – Vereinbarungen, die nur für Gewerkschaftsmitglieder gelten). Dabei wird maßgeblich sein, wie weit die einzelnen Punkte mobilisierungsfähig sind, d.h. es muss eine Bereitschaft zur Durchsetzung per Arbeitskampf erkennbar sein.

Diskutiert werden sicherlich auch Sockel-, Fest-, und Mindestbeträge bei der Forderungserhebung. Hier ist allerdings zu bedenken, dass ein Anschlusshalten an die TVöD-Tabelle gegen diese Art von Forderung spricht und ausschließlich lineare Erhöhungen wirkungsvoll sind.

Auch wenn Differenzierungsklauseln

mittlerweile überwiegend für zulässig erachtet werden, hat das zu keiner veränderten Haltung bei den Arbeitgebern geführt: Strikte Ablehnung! Würden solche Regelungen doch die Beschäftigten direkt in die Arme der Gewerkschaften treiben.

Bei diesem Strauß an Fragen, die bis zum 14. Dezember 2010 geklärt sein müssen, wird sich die Frage der Laufzeit vielleicht am leichtesten beantworten lassen. Aber selbst die hat es in sich: Der Tarifvertrag mit dem Bund und der Vereinigung kommunaler Arbeitgeber (VKA) hat eine Laufzeit bis Ende Februar 2011. Eine Laufzeit von 14 Monaten, um mit dem anderen Arbeitgeberlager gleich zu ziehen, würde auf Widerstand bei den TdL-Arbeitgebern stoßen: Keine zeitgleichen Verhandlungen mit dem anderen Arbeitgeberlager! Aber davon wird sich die Entscheidung der GTK sicherlich nicht leiten lassen. Zeitgleiche Verhandlungen mit Bund/VKA einerseits und TdL andererseits bedeuten aber auch nicht automatisch Gleichklang in den Verhandlungen und im Abschluss! Es wird spannend und wieder einmal wird die nächste Tarifrunde die schwierigste.

Kerstin Philipp



Der Staat muss sichtbar bleiben

In diesem Monat tagt unser 24. Ordentlicher Bundeskongress. Wir haben ihn unter das Motto gestellt: Sicherheit ist Mehrwert. Überlegungen dazu von Jörg Radek, Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand der GdP.

Zu den Grundlagen der Staatslehre gehört die Feststellung, dass der Staat der Gesellschaft die Ordnung gibt – also Gewährleistung der Sicherheit als Staatsaufgabe. „Der Staat soll das Wirtschaftsleben vor Angriffen anderer Staaten schützen, er soll die Sicherheit zwischen den Bürgern gewährleisten und jene Einrichtungen schaffen, die nicht durch die Initiative des Einzelnen entstehen oder entstehen können.“ Dies ist kein Wunschdenken von Gewerkschaftern. Das Zitat



Die Organisation der Sicherheitsbehörden in den Ländern und beim Bund

Sicherheit und Gesundheit, Bildungs- und Verkehrsangebote und andere öffentliche Dienstleistungen.

Die Menschen haben ein Grundbedürfnis nach Sicherheit. Der Staat hat eine Schutzverpflichtung und der Einzelne ein Recht auf Schutz durch die staatliche Ordnung, wenn die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit gefährdet ist und wenn es um Fragen des menschlichen Lebens und der körperlichen Unversehrtheit geht.

Der Staat ist verpflichtet, diesem Grundbedürfnis zu entsprechen und die öffentliche Sicherheit sowie den Schutz der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Daher ist es verfassungsrechtlich geboten, dass der Staat durch die Polizei die eigene Fähigkeit und



Der Grundgedanke ist nicht schlecht, wenn es wirklich klappt: Schutzmann vor Ort – der Polizist mit regionaler Verantwortung und jederzeit ansprechbar für die Bürger aus seinem Revier (hier in Kassel).

Foto:
Frank Rumpenhorst/dpa

Bereitschaft sowohl zum Schutz als auch zur Durchsetzung der Rechtsordnung nicht nur aufrechterhält, sondern deutlich sichtbar macht.

stammt von Adam Smith, schottischer Moralphilosoph und Begründer der klassischen Volkswirtschaftslehre, der heute sicher nicht zu Unrecht, als Vordenker des liberalen Marktes gilt.

Trotz fast einem Jahrzehnt der „Bedrohungsrhetorik“ fehlt es in der Bundesrepublik an einem Gesellschaftsentwurf der den Bedürfnissen der Menschen nach Sicherheit und Ordnung gerecht wird:

hat sich zwar bewährt. Zur Vermeidung von Lücken muss sie jedoch weit besser aufeinander abgestimmt sein. In einem Europa ohne Grenzen ist es für die Menschen kaum zu akzeptieren, dass das Sicherheitsnetz größere Maschen erhält. Die Menschen vertragen keine „rechtsfreien Räume“. Lebensqualität berücksichtigt sowohl politische, soziale und wirtschaftliche als auch umweltorientierte Aspekte sowie Faktoren wie persönliche

Die politischen Folgen für das Land und seine Menschen

Es ist ein falscher Befund, zu der Feststellung zu gelangen, Bevölkerungsrückgang in der Gesamtbevölkerung akzeptiere auch weniger Polizei. Das staatliche Funktionieren muss sich besonders in Krisenzeiten bewähren. Durch fortwährende Strukturereformen mit Stellenkürzungen



und Fusionen von Behörden wird permanent in die Polizei eingegriffen. Diese Kürzungen sind struktureller Natur.

Der Verlust an Mitteln und Stellen ist folgenreich. Das Zusammenleben der Menschen und die Gewährleistung des Gemeinwesens werden dadurch ange-tastet, nicht Besitzstände oder lieb ge-wordene Gewohnheiten. Die Ordnung wird seitens des Staates zum Nachteil der Menschen verändert, die in diesem Land leben wollen und müssen. Das Land wird einseitig verändert: Wenn politische Entscheidungsträger weiterhin die Reduzierung der Polizeikräfte als Beitrag zur Konsolidierung der öffentlichen Finanzen durchsetzen, werden sich bereits bestehende Missstände weiter verschärfen und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den demokratischen Rechtsstaat schwächen.

Weitere Demontage staatlicher Handlungsfähigkeit

Das erste Jahrzehnt des neuen Jahr-tausends markiert in Deutschland einen ungewöhnlichen Verlust des Staates.

Die Bundeskanzlerin hat in ihrer Re-



gierungserklärung 2009 von fünf großen Aufgaben unserer Politik gesprochen. Eine davon war, das Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zu ihrem Staat zu verbessern. Aber die Bürgerin und der Bürger erwarten natürlich viel mehr: Sie erwarten eine Polizei, die zügig eingreift, mit modernen Kommunikationsmitteln gut erreichbar ist und dass die rechtlichen Schranken das gedeihliche Zusammenleben in unserer Gesellschaft nicht erschweren.

Doch es reicht nicht, diesen Anspruch in Regierungserklärungen und Antrittsreden zu formulieren. Zu diesen Worten fehlen klare Taten.

Als die Banken sich nicht mehr untereinander vertraut haben, kamen sie zum Staat. Der Staat musste das Vertrauen zwischen Banken ersetzen – ein ungeheuerlicher Vorgang.

Viele sagten über den Staat, er sei eine Institution, die sich überholt und die

nichts mehr zu bestimmen habe. In der Stunde der Not war es anders. Nun zieht sich der Staat zurück.

Wir dürfen uns nicht zurückziehen und erst dann mit Blaulicht kommen, wenn etwas passiert ist. Wir müssen auch präventiv präsent sein. Damit verträgt es sich nicht, wenn der Staat auch noch dazu beiträgt, dass die Polizei immer weniger Präsenz zeigen kann. Doch statt die notwendige Präsenz zu erhöhen, tragen die Parlamente zum Abbau der Sichtbarkeit bei. Die staatliche Autorität wird dadurch ausgehöhlt. Wir dürfen den Staat nicht unsichtbar machen! Geschlossene Polizeidienststellen können durch Internetangebote und zentrale Rufnummern nicht ersetzt werden. Dienstposten werden gestrichen, Personal abgebaut, aber die Aufgaben bleiben ... Die Erwartungshaltung des Bürgers bleibt. Anfahrtszeiten und Reaktionszeiten bleiben.

Wir müssen auch präventiv präsent sein.

Gewählt, um zu regieren – nicht um zu provozieren!

Seit der Auseinandersetzung mit der Außerparlamentarischen Opposition (APO) in den 60iger Jahren des letzten Jahrhunderts ist die Polizei der „Prügelknabe der Nation“ – in einer jahrelangen

Fortsetzung Seite 22



Streife zu Pferd in Hamburg. Die bei der Polizei in Niedersachsen ausgebildeten zehn Reiter und acht Pferde sind seit dem 29. September in Hamburg im Einsatz. Foto: Fabian Binner/dpa





Aufwendungen eines Polizeihundeführers für den Diensthund sind Werbungskosten

Der Bundesfinanzhof (BFH) hat mit Beschluss vom 30. Juni 2010 VI R 45/09 entschieden, dass Aufwendungen eines Polizeihundeführers für den ihm anvertrauten Diensthund keine nicht abziehbaren Aufwendungen der privaten Lebensführung, sondern in vollem Umfang Werbungskosten sind.

Der klagende Polizist führte einen landeseigenen Schutz- und Sprengstoffspürhund, den er selbst ausgebildet hatte. Zu seinen Pflichten gehörte auch die Versorgung des Hundes außerhalb der Dienstzeit. Hierfür erhielt der Polizist einen jährlichen Futterkostenzuschuss in Höhe von 792 Euro; außerdem wurde ihm täglich eine Stunde Dienstzeit angerechnet. Die private Nutzung des Hundes war dem Kläger untersagt. In seiner Einkommensteuererklärung machte der Kläger erfolglos Aufwendungen für den Diensthund in Höhe von rd. 3.400 Euro als Werbungskosten bei den Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit geltend.

Das Finanzgericht gab der Klage in Höhe eines Betrags von ca. 2.400 Euro statt.

Der BFH bestätigte das Urteil der Vorinstanz. Der Hund sei als Arbeitsmittel des Polizisten anzusehen, so dass die Kosten seiner Pflege als Werbungskosten berücksichtigt werden müssten. Auch wenn ein besonderes persönliches Verhältnis zwischen Diensthundeführer und Diensthund bestehe und das Tier – wie bei anderen Hundehaltern auch – am privaten Leben des Klägers teilhabe, seien die Aufwendungen des Klägers für den Diensthund anders als bei einer privat veranlassten Hundehaltung

keine steuerunerheblichen Kosten der privaten Lebensführung. Schließlich betreue und versorge der Diensthundeführer den Hund außerhalb der Dienstzeit nicht aus privaten, sondern aus dienstlichen Gründen. Ein privates Interesse des Polizisten an der Hundehaltung stehe dieser Beurteilung ebenso wenig entgegen, wie der Umstand, dass er diese dienstliche Aufgabe in der Freizeit und unter Aufwendung eigener finanzieller Mittel erfülle.

Bundesfinanzhof – Beschluss vom 30.6.10 – VI R 45/09

An- und Ablegen der Uniform ist Dienstzeit

Das Verwaltungsgerichts Münster hat sich im **Urteil vom 1.7.2010 – 4 K 1753/08** mit der Frage befasst, ob das Aufrüsten vor Schichtbeginn und das Abrüsten nach Schichtende eines Polizeibeamten Arbeitszeit im Sinne des Dienstrechts ist.

Unter Aufrüsten wird das Anlegen der Uniform und das weitere Anlegen bzw. die Übernahme fremder Gegenstände verstanden: Pistolen mit Holster, Reservemagazin mit Tasche, Handfessel mit Tragevorrichtung, RSG (50 ml) mit Tragevorrichtung und Tragevorrichtung für den Einsatzmehrzweckstock.

In dem konkreten Fall war davon auszugehen, dass der Polizeibeamte dienstlich verpflichtet war, zum festgesetzten Schichtbeginn seinen Dienst in Uniform und mit den zugehörigen Ausrüstungsgegenständen anzutreten. Dies war eindeutig geregelt.

Nach der Auffassung des Gerichts begann die Arbeitszeit wegen der Pflicht, den Dienst auferüstet zu Schichtbeginn anzutreten, nicht erst mit dem Antritt zur Schicht, sondern bereits mit dem Beginn

der notwendigen Aufrüsttätigkeit unmittelbar vor Schichtbeginn. So hat sich vorher auch schon das Verwaltungsgerichts Aachen geäußert.

Die Uniform stellt für den Polizeivollzugsbeamten keinesfalls eine dem reinen Privatbereich zuzuordnende Kleidung dar, sondern eine allein auf Gewährleistung von Schutz und Sicherheit ausgerichtete Ausrüstung, die vergleichbar ist mit einer Sicherheitskleidung, die aus arbeitsschutzrechtlichen Gründen vor der Aufnahme der eigentlichen Arbeitstätigkeit angelegt werden muss. Das Tragen der Uniform stellt für den Polizeivollzugsbeamten einen wesentlichen Bestandteil seiner Dienstverrichtung dar. Demgegenüber kann der Dienstherr nicht mit Erfolg darauf hinweisen, dass es den Beamten gestattet wäre, die Dienstkleidung mit den zugehörigen Ausrüstungsgegenständen mit nach Haus zu nehmen und auf dem Weg von und zur Dienststelle auferüstet zurückzulegen.

Es kann nicht unterschieden werden zwischen „Herstellung der Dienstbereitschaft“ und „Herstellung der Einsatzbereitschaft“. Diese Unterscheidung hatte der Dienstherr vornehmen wollen und meinte, der erste Begriff würde keine Arbeitszeit ergeben, nur der zweite Begriff. Ohnehin gehört das Anlegen der Dienstwaffe zur Herstellung der Einsatzbereitschaft und nicht zur Herstellung der Dienstbereitschaft.

Das Gericht war aber gegen die Auffassung, dass der Beamten durch „kurze Übergabegespräche“ mit den Bediensteten der nachfolgenden bzw. vorangegangenen Schicht Arbeitszeit erbracht hätte. Nach seiner Auffassung gibt es keine Notwendigkeit für entsprechende Gespräche auf der Ebene der Streifenbeamten unterhalb der vorgesetzten Ebene. **Dr. Otto**



24. ORDENTLICHER GdP-BUNDESKONGRESS

Fortsetzung von Seite 20



**Der Autor
Jörg Radek,
Mitglied im
Geschäftsführenden
Bundesvorstand
der GdP**

Kette von Demonstrationen, immer dort, wo es um industrielle Großprojekte oder um militärische bzw. politische Symbole für die Raketenrüstung geht. Die Namensreihe der Orte – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – wird ganzen Polizei-Generationen geläufig: Gorleben, Grohnde, Kalkar, Brokdorf, Mutlangen, StartbahnWest, Berlin, Bonn, Wackersdorf ...

Der bürgerliche Protest gegen das Rauchverbot in Bayern, die Schulreform in Hamburg oder gegen das Projekt Stuttgart 21 belegen das Politikinteresse der Menschen in Deutschland. Typisch für die Situation der Polizei in diesem Jahr: Am Tag, an dem die Baumfällungen für den

Im Gegenteil: Eine geschrumpfte Polizei wird im Alltag kaum noch für die Bürgerin und den Bürger sichtbar. Durch Stellenkürzungen und Schließung von Dienststellen wird Staatsferne organisiert. Wir dürfen dafür umso intensiver den Kopf für politische Entscheidungen hinhalten! Wir wissen, dass wir als sichtbare Vertreter des Staates Zielscheibe sind, aber nicht das Ziel. Gemeint sind andere.

Das aktuelle Regierungshandeln findet im „luftleeren Raum“ statt. Die Sachverhalte



**Vorbeugende Kontrolle zum 1. Mai in Berlin
Foto: Wolfgang Kumm/dpa**



**Verkehrskontrolle auf der A10: Besonderes Augenmerk wird auf die Verkehrssicherheit der Fahrzeuge und die Einhaltung der Fahrzeiten gelegt.
Foto: Nestor Bachmann/dpa**

troffen wurden. Oberflächlich hat es den Anschein, es geht um medienwirksame Symbolpolitik. Ein Kennzeichen unserer offenen Gesellschaft ist die Möglichkeit, Einzelinteressen zusammenzuführen und zu vertreten. Traditionell organisieren Parteien diese Interessen.

Derzeit wird durch Entscheidungen, die von der Polizei durchgesetzt werden sollen, unser Land gespalten. Der Protest ist dabei ein Ventil für Unverständnis und für die bürgerliche Wut auf die politische Kaste. In diesem Protest wird eine Polizei, die durch die Organisationsgewalt der Regierenden geschrumpft wurde und wird, auf den „Vollzug“ reduziert.

Hieran wird auch deutlich: Den politischen Machthaltern fehlt es an Mitgefühl – Mitgefühl mit den Bürgerinnen und Bürgern und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Im Sozialen werden genau diesen Menschen zusätzlich immer mehr Belastungen zugemutet. Sie halten ihren „Kopf“ also zweimal hin.

Sorgfalt vor Symbolkraft

Die Polizei und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leben vom Vertrauen der Öffentlichkeit. Es ist Aufgabe der Politik, zwischen der Freiheit und der Sicherheit die Abwägung vorzunehmen und in der Öffentlichkeit mit den Bürgern zu disku-

Neubau des Bahnhofes in Stuttgart polizeilich geschützt werden, wird gleichzeitig – nach zehn Jahren Unterbrechung – wieder offiziell die Erkundung des Salzstocks Gorleben aufgenommen. Mit der Abkehr vom Ausstieg aus der Atomenergie hat die Bundesregierung das Wahlvolk provoziert. Die aktuellen Regierungsverantwortlichen beweisen, dass sie von ihren Vorgängern nichts gelernt haben.

werden komplexer und machen umfangreiches Bemühen um Transparenz notwendig. Bei umstrittenen Fragen entscheiden jedoch oft informelle Runden, in denen nur die Spitzen von Regierung, Partei und Fraktion beraten und entscheiden.

Selbst für den politisch Interessierten ist so nicht erkennbar, ob diese Entscheidungen unter Abwägung von Durchsetzungschancen, Risiken und Folgen ge-



Die aktuellen Regierungsverantwortlichen beweisen, dass sie von ihren Vorgängern nichts gelernt haben.

tieren. Am Ende dieser Debatte stehen eindeutige, verbindliche rechtsstaatliche Grundlagen.

Freiheit und Sicherheit in Balance zu

Forderungen nach Gesetzesveränderungen müssen in Hinblick auf ihre Notwendigkeit begründet werden. Forderungen nach Gesetzesverschärfungen dienen häufig der Ablenkung von den eigentlichen Problemen. Die Polizei ist aber auf ein gutes Vertrauensverhältnis angewiesen, um erfolgreich arbeiten zu können. Die Geringschätzung gegenüber dem Staat drückt sich immer häufiger durch immer brutalere Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten aus. Die wachsende Staatsferne vor allem junger Menschen ist eine der Ursachen für den Anstieg ausufernde Gewalt bei Demonstrationen, Fußballspielen und auf der Straße. Wir werden als sichtbare Vertreter des Staates zur Zielscheibe.

Wir wissen, dass wir als sichtbare Vertreter des Staates Zielscheibe sind, aber nicht das Ziel. Gemeint sind andere.

Der Altersaufbau innerhalb der Polizei muss dabei besonders beachtet werden. Der unverantwortliche Personalabbau in den letzten Jahren überschneidet sich mit dem Mangel an geeignetem Nachwuchs. Der Geburtenrückgang in der Bevölkerung macht es nahezu unmöglich, die Ruhestandsdaten auszugleichen. Der Personalkörper der Polizei überaltert insgesamt. Die Folgen sind deutlich höhere psychische und physische Belastungen. Vorsorge für alle zur Erhaltung der Gesundheit wird zum nachvollziehbaren Ausdruck von Fürsorge.

Opferschutz ist daher auch für angegriffene Polizeibeschäftigte ein Mehrwert. Rechtssicherheit ist ein Qualitätsmerkmal zur Wahrung der Bürgerrechte in einen Rechtsstaat.

Rechtssicherheit ist ein Mehrwert für eine bürgerliche Zivilgesellschaft.

Wir müssen die Arbeitswelt wieder menschlicher, solidarischer und gerechter



Verkehrssicherheitsberater der Polizei helfen Erstklässlern, den Schulweg sicher zu bewältigen.
Foto: Jens Wolf/dpa

halten, wird immer schwieriger. Und die politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger scheinen mit dieser Aufgabenstellung hoffnungslos überfordert. Ängste der Bürgerinnen und Bürger in diesem Zusammenhang müssen ernst genommen werden. Bei Vorschlägen zur Verbesserung der Inneren Sicherheit muss die Akzeptanz in der Bevölkerung vorhanden sein bzw. hergestellt werden. Dieser Dialog, dieser Überzeugungsprozess ist eine zentrale Aufgabe der Politik. Diesem bedeutsamen Dialog weicht die aktuelle Politik allerdings immer häufiger aus.

Eine geschrumpfte Polizei wird im Alltag kaum noch für die Bürgerin und den Bürger sichtbar.

Arbeit in der Polizei darf nicht krank machen!

Von den Folgen der Finanzkrise sind die Beamtinnen und Beamten und die Tarifbeschäftigten mehrfach betroffen. Einerseits in ihrer Berufsausübung als Leistungsträger und Garanten im System der Inneren Sicherheit. Andererseits als Steuerbürger, aber vielmehr als Individuum mit eignen Lebensentwürfen und Lebensplanungen.

Durch die gewerkschaftliche Beteiligung konnten die Menschen in unserem Land Lebensstandard und Lebensqualität erreichen. Der Personalabbau und die Streichungen und Kürzungen von sozialen Leistungen erwecken den Eindruck, wir seien seit Jahren die Verursacher von Haushaltslöchern und leeren Kassen.

Die Arbeitswelt in der Polizei ist immer mehr durch Leistungsdruck und Arbeitsverdichtung geprägt. Die Phasen der Erholung werden immer kürzer.







Dieser Polizist wird 2007 während einer Straßenschlacht im Hamburger Schanzenviertel verletzt. Foto: Kay Nietfeld/dpa

machen. Für uns gehören dazu, bessere Rahmenbedingungen für eine familienfreundliche Arbeitswelt und die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie schaffen.

Handlungsfähiger Staat braucht ausreichende Finanzierungsbasis

Mindereinnahmen und Mehrausgaben beeinflussen die Aufgabenwahrnehmung der Inneren Sicherheit und des Sozialstaates.

Die Handlungsfähigkeit des Staates hat sich weniger am Markt auszurichten. Eine Politik der Entstaatlichung beeinträchtigt das soziale Fundament unserer Demokratie. Die Auflösung der gesellschaftlichen Solidarität ist sozialschädlich. Die Polizei kann es nicht verhindern, dass sich in den Protest gegen die Atomenergie oder das Bauvorhaben der Unmut gegen die soziale Schieflage mischt.

Das soziale Gleichgewicht in diesem



Land ist empfindlich gestört. Die Starken in dieser Gesellschaft wollen keine Verantwortung mehr für die Schwachen übernehmen. Der Ordnungsrahmen, den unser gesellschaftliches Miteinander braucht, ist so jedoch nicht aufrechtzuerhalten. Voraussetzung für die gute und zuverlässige Erledigung der Aufgaben der Polizei ist die Bereitstellung der nötigen Mittel. Die staatliche Dienstleistung bedarf einer stabilen und zuverlässigen Finanzierung

Opferschutz ist daher auch für angegriffene Polizeibeschäftigte ein Mehrwert.

durch Steuergerechtigkeit. Bleibt sie aus, sind das Allgemeinwohl und die Zivilgesellschaft gefährdet.

Sicherheit ist eine Wertidee

Es kann keine auf ewig angelegte verbindliche und allgemein akzeptierte Übereinkunft darüber geben, was der Begriff „Sicherheit“ beinhaltet. Es bedarf angesichts veränderter Umstände und neuer Entwicklungen einer steten Neujustierung – Die Menschen brauchen Vertrauen in verbindliche Zusagen. Darin besteht eine Voraussetzung für ein funktionierendes menschliches Zusammenleben, das eine rechtmäßige Ordnung braucht. Ihre Herstellung und Gewährleistung ist ein Mehrwert für unser Gemeinwohl.

Wir brauchen diese Ordnung, damit Arbeit, Gerechtigkeit und Solidarität wieder den Wert erhalten, der ihnen zu kommt.

Auf unserem 24. Ordentlichen Bundeskongress wird das Thema eine zentrale Rolle spielen und auch in den nächsten Jahren eines unserer Hauptprobleme bleiben.

Jörg Radek



Kompetenzorientiertes Polizeistudium

Die Bologna-Studienreform liefert eine Reihe konzeptioneller „Steilvorlagen“ für die Kompetenzentwicklung und damit für einen näheren Praxisbezug des Polizeistudiums. Kompetenzorientierung steht für ein Studienprogramm, das in der Praxis handlungsfähige (und damit kompetente) Absolventen für den Einstieg in den Polizeiberuf qualifizieren soll.

An der Fachhochschule Polizei Sachsen-Anhalt in Aschersleben wird zum 1. September 2010 der Studiengang „Polizeivollzugsdienst“ (B.A.) eingeführt. Dieser Bachelor-Studiengang löst den bisherigen Diplom-Studiengang ab und führt bei erfolgreichem Bestehen zur Laufbahnbefähigung für die Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt Polizeivollzugsdienst (vormals gehobener Dienst). Das Studienziel ist die Entwicklung polizeilicher Handlungskompetenz für den Einstieg in den Polizeivollzugsdienst der Laufbahngruppe 2. Das trifft nicht nur auf die so genannten Einsteiger zu, sondern auch auf die Aufsteiger. Auch Letztere steigen mit ihrer Qualifizierung in ein neues Anforderungsprofil der Polizeiarbeit ein.

Die Kompetenzorientierung ist ein verpflichtendes Label für das neue Polizeistudium. Mit anderen Worten: „Was drauf steht, muss auch drin sein!“ Um das zu gewährleisten wurden an der Fachhochschule Polizei große Anstrengungen zur Neugestaltung des Polizeistudiums unternommen. Das Polizeistudium weist nunmehr gegenüber dem Studium alter Prägung

(Diplom) eine Reihe neuer Merkmale auf, deren bedeutsamste nachfolgend kurz beschrieben werden. Diese stellen zugleich ein substanzielles Fazit der Studienreform an der Fachhochschule Polizei dar.

Polizeiliche Handlungskompetenz als Studienziel

Die Kompetenzorientierung des Bachelor-Studienganges markiert den entscheidenden Unterschied zum bisherigen Diplom-Studiengang. Der Bachelor-Studiengang wurde danach konzipiert, was ein Absolvent wirklich können und damit lernen muss, um beim Start in den Polizeiberuf und in den ersten drei bis fünf Jahren der Verwendung anforderungsgerecht und erfolgreich handeln zu können und nicht mehr nach der Art und Fülle des Wissens, die Dozenten aus ihrer Fächerlogik heraus für ein ganzes Berufsleben für erforderlich halten. Letzteres ist ohnehin eine Illusion und wäre auch gar nicht umsetzbar. Vielmehr müssen im Polizeistudium grundlegende Handlungskompetenzen im Sinne von „Berufsfähigkeit“ für

die ersten Berufsjahre erworben werden. Folgerichtig muss dabei gleichsam die Befähigung zum so genannten lebenslangen Lernen mitentwickelt werden, damit sich die künftigen Absolventen berufsbegleitend und anforderungsgerecht weiterbilden können. Die Entwicklung von Kompetenz für lebenslanges Lernen ist daher ein komplementäres Studienziel.

Dr. phil. Thomas Enke ist Diplom-Pädagoge und Erziehungswissenschaftler. Seit 2007 ist er als Projektverantwortlicher für die Konzeption und Implementierung des Bachelor-Studienganges an der Fachhochschule Polizei Sachsen-Anhalt in Aschersleben tätig. Kontakt: thomas.enke@polizei.sachsen-anhalt.de



Die folgende Abbildung zeigt allgemein auf, wie sich polizeiliche Handlungskompetenz einschließlich Lernkompetenz als Studienziel darstellt. Natürlich sind die jeweiligen Kompetenzbestandteile noch anforderungsspezifisch genauer untersetzt.



Entschlackung des Lehrstoffes

Anstelle einer reinen und möglichst „vollständigen“ Wissensvermittlung tritt eine didaktische Reduktion des Lehr- und Lernstoffs auf das Wesentliche. Dahinter steckt zunächst einmal die Erkenntnis, dass ein Studium nicht mehr die für ein ganzes Berufsleben ausreichenden Kenntnisse im Sinne der genannten „Berufsfertigkeit“ vermitteln kann. Das bedarf angesichts der unstrittig zunehmenden Komplexität der von der Polizei zu bewältigenden Problemlagen respektive Aufgabenstellungen keines Beweises. Na-

Wissen in einer begrenzten Zeit allerdings vermittelt wird, umso weniger bleibt für die Studierenden Zeit zum tiefgründigen Lernen. Kompetenzen entwickeln sich dabei definitiv nicht, bestenfalls ein Übersichtswissen.

Wenn die Absolventen praxisrelevantes Wissen für die Bewältigung polizeilicher Problem- und Aufgabenstellungen nachhaltig erwerben sollen, ist für die Qualität des Studiums die Tiefgründigkeit des Lehr- und Lernprozesses entscheidend. Dafür ist exemplarisches Lernen erforderlich und das erfordert „Mut zur Lücke“. Die Vermittlung von zu viel Lehrstoff steht diesem, enorm wichtigen

ECTS-Punkten studentischem Arbeitsaufwand. In dieser Zeit absolvieren sie vier Theorie- und zwei Praxissemester. Innerhalb der Theoriesemester werden studienbegleitende Trainings absolviert. Ein Modul wird als Wahlpflichtmodul angeboten. In jedem Semester werden 30 ECTS-Punkte vergeben.

Verzahnung von Theorie und Praxis

Mit der Umstellung vom Diplom- auf einen Bachelor-Studiengang erhält die Verzahnung von Theorie und Praxis einen neuen Stellenwert. Theorievermittlung und Praxisausbildung im Studium werden, kompetenzorientiert und dem Anforderungsprofil des Einstiegsamtes in der Laufbahngruppe 2 entsprechend, neu vernetzt. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit eines gemeinsamen didaktischen Ansatzes. Folgerichtig wird die gewohnte, im Diplomstudien- gang übliche Art und Weise des Lehrens und Lernens grund-

sätzlich verän-

dert. Von dieser Neuausrichtung sind fachtheoretisches und fachpraktisches Studium bzw. Theorie und Praxis gleichermaßen betroffen.



Studienziel Handlungskompetenz mit Kompetenzbereichen

hezu alle Felder der Polizeiarbeit weisen heutzutage komplizierte Zusammenhänge auf. Die entsprechenden polizeilichen Lösungsansätze etwa rechtlicher, kriminologischer, soziologischer oder kommunikativer Art können insofern nicht isoliert voneinander betrachtet werden. Daher nimmt der Umfang des für den Polizeiberuf insgesamt („Berufsfertigkeit“) erforderlichen Fachwissens ständig zu. So viel Fach- und Spezialwissen, wie hierfür benötigt wird, kann im dreijährigen Polizeistudium nicht einmal im Sinn eines so genannten Nürnberger Trichters vermittelt, geschweige denn gelernt werden. Leider ist die Intention, dass die Studierenden möglichst viel Lehrstoff „wenigstens einmal gehört haben müssen“, noch sehr verbreitet. Je mehr

Studienziel entgegen. Das ist im Übrigen einer der Gründe für die gerade in den Bildungsprotesten beklagten Missstände der Studienreform in Deutschland.

Modularisierung der Studieninhalte

Die Lehr- und Lerninhalte wurden erstmals konsequent zu thematisch, inhaltlich und zeitlich abgerundeten, in sich abgeschlossenen, interdisziplinären, mit konkreten kompetenzorientierten Lernzielen versehenen und schließlich abprüfaren Stoffeinheiten gebündelt. Auch die Fachpraktika wurden als Module konzipiert.

Das Curriculum des Polizeistudiums umfasst 21 Module mit insgesamt 180

Quelle: Enke/2010

Kumulatives Prüfungssystem

Die Veränderungen gegenüber dem herkömmlichen Prüfungsverfahren im Diplom-Studiengang sind gravierend aber auch folgerichtig. Die bisherigen Zwischen- und Abschlussprüfungen der Laufbahnprüfung werden durch Modulprüfungen abgelöst. Mit jeder Modulprüfung muss eine Teilqualifikation nachgewiesen werden. Jede Modulprüfung muss bestanden werden. Damit wird die Laufbahnprüfung nicht mehr wie im Diplom-Studium





kompakt am Ende durchgeführt, sondern über den gesamten Studienverlauf hinweg. Die Notwendigkeit, für den Studierenerfolg insgesamt erforderliche Lernergebnisse nachweisen zu müssen, reduziert sich somit nicht mehr auf wenige Wochen.

Die Veränderungen in der Prüfungskultur betreffen auch die Art und Weise des nunmehr kompetenzorientierten Prüfens. Die Studierenden müssen den Erwerb von Fach- und Schlüsselkompetenzen nachweisen, die im zu prüfenden Modul als Lernziele definiert sind.

Im Unterschied zum Studium alter Prägung machen es Modulprüfungen möglich, frühzeitig Probleme beim Studierenerfolg festzustellen und diese mit dem betroffenen Studierenden gezielt zu beheben. Modulprüfungen sorgen für kontinuierlichen Lerndruck im positiven Sinne und verhindern das phasenweise Abschalten bei den Studierenden. Auch sorgt die Notwendigkeit, jedes Modul zu bestehen, dafür, dass nicht mehr aus rein lernökonomischen Erwägungen einzelne Prüfungen nicht bestanden werden. Das Erfordernis, jedes Modul zu prüfen, erfordert aber auch eine geschickte Prüfungsorganisation, die verhindert, dass die Studierenden nicht von Prüfung zu Prüfung gehetzt werden.

Überprüfungen von Praktikumsleistungen als Bestandteil des kumulativen Prüfungssystems

Da die Fachpraktika vollwertige Module sind, werden auch diese mit entsprechenden Prüfungen abgeschlossen. Das erfolgt jedoch nicht im herkömmlichen Sinn von (einmaliger) Prüfung sondern durch permanente Leistungsbeobachtung und -beurteilung. Daraufhin müssen Leistungsnachweise in den jeweiligen Bereichen wie Einsatz- oder Kriminaldienst erstellt und einer abschließenden und zusammenfassenden Bescheinigung über die erbrachte Leistung im jeweiligen Praktikum festgehalten werden. Neu ist, dass die jeweiligen Ergebnisse des Grund- und Hauptpraktikums in das Gesamtergebnis des Studiums einfließen.

Orientierung an der studentischen Arbeitsbelastung

Die studentische Arbeitsbelastung (Workload, gemessen in ECTS-Punkten) ist die maßgebliche Planungskennziffer für alle Aktivitäten im Studium und nicht

mehr die Lehrverpflichtungsstunden der Dozenten. Damit werden erstmals und folgerichtig die Lernenden in den Mittelpunkt der Planungen gestellt.

Einführung neuer Lehr- und Lernformen

Gegenüber dem Diplom-Studiengang wird ein Paradigmenwechsel in der gesamten Lehr- und Lernkultur „Vom (Be) Lehren zum Lernen“ vollzogen. Dieser ist u.a. gekennzeichnet durch aktivierende Lehrformate und eine deutliche Erhöhung des Anteils des selbst gesteuerten Studiums, beides verbunden mit viel mehr Selbstverantwortung der Studierenden für den Lernprozess. Dahinter steckt die Erkenntnis, dass der Wirkungsgrad der rein darbietenden Form des Lehrens sehr gering ist. Die noch vorzufindende Annahme, dass (1:1) gelernt wird, was

petenzorientierte Lehr- und Lernkultur respektive Prüfungskultur erfordert neue und zum Teil auch andere Maßstäbe für die qualitätssichernden Maßnahmen. Diese bestimmen nunmehr die Evaluationspraxis an der Fachhochschule Polizei. Die Qualitätssicherung ist Teil der gesetzlich vorgeschriebenen Akkreditierung und Reakkreditierung des Studienganges.

Ausblick

Der mit dem kompetenzorientierten Polizeistudium eingeleitete Aufbruch in die neue Hochschullandschaft bringt viel mehr Chancen als Risiken für die Professionalisierung der polizeilichen Arbeit mit sich. Überzeugender als mit dem folgenden Satz, der oft so oder ähnlich unter Verantwortlichen für die Reform des Polizeistudiums in der Bundesrepublik gefallen ist, kann das nicht belegt



Lernpyramide zur Effektivität von Lernformen (nach Bales 1996)

gelehrt wird, ist falsch. Gefordert ist stattdessen eine Ermöglichungsdidaktik. Die neuen Formate gewährleisten, dass die Studierenden selbstverantwortlich, anwendungsbezogen und tiefgründig lernen können.

Deutlich erhöhte Ansprüche an die Qualitätssicherung

Die Qualität von Studium und Lehre im Bachelor-Studiengang wird, im Unterschied zum Diplom-Studiengang, einem kontinuierlichen und modernen Evaluationsverfahren unterzogen. Die neue kom-

werden: „Wenn es den Bologna-Prozess nicht schon gäbe, müsste man ihn für die Polizeiausbildung neu erfinden“.

All diese hier dargestellten Bemühungen gehen mit der Erkenntnis einher, dass mit der Studienreform gleichermaßen ein Prozess der Organisationsentwicklung der Fachhochschule Polizei eingeleitet wird mit dem Ziel: Die Lehr- und Lernkultur zu optimieren und die bestmöglichen Rahmenbedingungen zu schaffen in denen sich die Lern- und Entwicklungsprozesse der Studierenden optimal entfalten können. Dass dies die Organisation Polizei insgesamt beeinflussen wird, davon ist auszugehen.

Thomas Enke



3:0 und keine Gewalt

Bilanz eines Fußballländerspiels

Ein Heimspiel der besonderen Art erwartete die Fußballnation beim Aufeinandertreffen der Nationalmannschaften Deutschlands und der Türkei am 8. Oktober 2010 im Berliner Olympiastadion. Beide Fanlager waren mit jeweils rund 35.000 Zuschauern gleich stark vertreten. Akustisch war die Qualifikationspartie zur EURO 2012 ein Heimspiel für beide Mannschaften, optisch überlagerte sogar das intensive Rot der türkischen Fantrikots. Zusätzliche Brisanz erhielt das Spiel durch die anhaltende Integrationsdebatte in der Bundesrepublik, die mit großer Aufmerksamkeit in der Türkei verfolgt wird. Bundeskanzlerin Merkel und der türkische Ministerpräsident Erdogan wohnten dem Spiel bei.

hezu unkontrolliert ins Genuaer Stadion hineingelassen worden zu sein. Dort entzündeten sie dutzende von Bengalos und Feuerwerkskörpern, missbrauchten diese als Wurfgeschosse und griffen gezielt Polizeibeamte, Spieler und gegnerische Fans an. Nur mit großer Mühe und massiver Polizeipräsenz gelang es nach Stunden, die Krawalle einzudämmen. Serbiens Verbandspräsident Tomislav Karadzic fand angesichts des Gewaltausbruchs indes deutliche Worte und bezeichnete das Verhal-

„Wir sind einseitig geblieben, damit bin ich sehr zufrieden.“ Dem Mitarbeiter der DFB Sicherheitsabteilung ist die Erleichterung anzumerken; nur zweimal wurden sogenannte Bengalos angezündet. Das Fußballländerspiel Deutschland gegen Türkei ist im Berliner Olympiastadion gerade zu Ende gegangen. Zwar brennt in diesem Moment ein bengalisches Feuer, aber während des Spielbetriebes war das Feuer auf dem Rasen weitaus größer als die insgesamt sechs „Bengalos“, die abgefackelt wurden. Auch ansonsten verzeichnete die Berliner Polizei, der Ordnungsdienst des Stadions, die Berliner Feuerwehr und nicht zuletzt der DFB einen ruhigen Abend.

Die Ruhe kam aber nicht von ungefähr, hinter ihr steht ein gewaltiges logistisches Sicherheitskonzept. Auf das perfekte Zusammenspiel aller beteiligten Sicherheitskräfte kommt es an. Der DFB hatte auf Grund seiner langen Erfahrungen ein sehr konkretes Bild vom Verhalten der eigenen und der gegnerischen Fans. Gerade türkische Fans sind für ihre Vorliebe für pyrotechnische Erzeugnisse bekannt. Aus diesem Grund hatte der DFB vor dem Länderspiel über verschiedene Medien nochmals eindringlich davor gewarnt, die so beliebten roten bengalischen Leuchtkörper und allerlei Böller ins Stadion zu schmuggeln. Die Fans erwartete deshalb auch am S-Bahnhof Olympiastadion ein riesiges Banner mit dem klaren Warnhinweis in Bezug auf verbotene Gegenstände. Insbesondere vor sogenannten Bengalos haben die Sicherheitskräfte großen Respekt. Die Magnesiumfackeln brennen mit einer Temperatur von 2.000 °C ab, entzünden bei Kontakt so gut wie alles in kürzester Zeit und hinterlassen bei Menschen sehr gefährliche Brandwunden. Aus diesen Gründen muss ein Verbot von



pyrotechnischen Erzeugnissen in jedem Stadion konsequent durchgesetzt werden. Die Berliner Polizei unterstützte diese Maßnahme mit entsprechenden Durchsagen vor dem Einlassstoren des Olympiastadions im 15-Minuten-Takt. Und nachdem einige Unbelehrbare versucht hatten, die unerwünschten Gegenstände über den Zaun zu werfen, verstärkten die Sicherheitskräfte die Streifenförmigkeit.

Welche verheerenden Auswirkungen mangelnde Kontrollen und ein versagendes Sicherheitsmanagement haben können, ist wieder einmal in aller drastischen Deutlichkeit von der in der 7. Spielminute abgebrochenen EM-Qualifikationspartie zwischen Italien und Serbien vor Augen geführt worden: Serbische Hooligans mit wohl rechtsextremistischem Hintergrund scheinen nach ersten Ermittlungen na-

ten seiner Landsleute als „Schande“ und „Angriff auf unseren Staat“. Die UEFA hat Ermittlungen aufgenommen und wird über harte Strafen entscheiden.

Ogleich die UEFA das Länderspiel zwischen der deutschen und der türkischen Nationalmannschaft im Vorfeld als Risikospiele bewertet hatte, blieben allen Beteiligten Gewaltausbrüche erspart. Die Berliner Polizei hatte im Zusammenhang mit dem Fußballspiel 14 Festnahmen wegen Körperverletzung, unzulässigen Abrennens von Feuerwerkskörpern, Beleidigung sowie Diebstahls zu verzeichnen. Bei den Veranstaltungen rund um das Fußballspiel waren zirka 1.200 Polizisten im Einsatz. Dem Vernehmen nach waren darüber hinaus etwas über 1.000 private Ordner auf dem Stadiongelände eingesetzt. Die privaten Sicherheitsdienstleister



hatten die zentrale Aufgabe, durch intensive Durchsuchungen der Zuschauer das Hineinschmuggeln von gefährlichen Gegenständen zu verhindern. Als für das Spiel durchaus positiv hat sich der Umstand erwiesen, dass sehr viele türkische Fans schon Stunden vor dem Anpfiff ins Stadion gelangen wollten. Mit dem Beginn des Stadioneinlasses um 18 Uhr hatten die Sicherheitskräfte so dann ausreichend Zeit, um jede einzelne Person genau zu kontrollieren. „Heute kratzen meine Leute jede Mütze aus, da darf nichts reinkommen“, stellte der für die Ordner verantwortliche Sicherheitsmann in der ersten Besprechung der Sicherheitskräfte um 17 Uhr klar. Das Ergebnis dieser intensiven Kontrolle war so dann rechts und links neben den Eingangstoren zu erkennen. In den aufgestellten Mülltonnen stapelten sich sichergestellte Bengalos, Feuerwerkskörper und Getränkeflaschen zu Hunderten. Auch an dieser Stelle ging das Sicherheitskonzept auf, wenngleich festzustellen ist, dass rd. 75.000 Zuschauerinnen und Zuschauer nicht lückenlos zu kontrollieren sind.

In der Halbzeitpause bilanzierte der polizeiliche Einsatzführer, der Leiter der Direktion 2 der Berliner Polizei, Hans-Ulrich Hauck, dass sich neben der deutlichen, aber angemessenen Präsenz von Sicherheitskräften eine weitere Maßnahme bewährt hat.



Bengalisches Feuer – aus guten Gründen im Stadion strikt verboten

Fotos: Sascha Braun

„Weder im Stadion noch außerhalb des Stadions in den angrenzenden Kneipen wird Alkohol verkauft. Wir können schon jetzt erkennen, dass nur ganz wenige Zuschauer stark alkoholisiert im Stadion sind. Unser Dank muss den Kneipenbesitzern gelten, die heute sicherlich auf die eine oder andere Einnahme zugunsten der Sicherheit verzichtet haben.“ betonte Hauck.



Deutschland – Türkei: Ein würdiger Rahmen im Berliner Olympiastadion

Während des Spiels kam es leider dennoch zu zwei brisanten Situationen, als türkische Fans bengalische Feuer entzündeten. Auch auf diese Lage reagierten die Sicherheitskräfte in einem abgestimmten Verfahren. Der DFB hat gerade für einen solchen Fall auch einen türkisch sprechenden Stadionsprecher engagiert, der gemeinsam mit seinem deutschen Kollegen unmittelbar auf das Entzünden der Bengalos reagierte. Die Ansprache in Türkisch verfehlte ihre Wirkung nicht, die Bengalos wurden ohne Eingreifen von Polizei, privater Sicherheit oder gar der Feuerwehr von den Zuschauern nach kurzer Zeit wieder gelöscht. Allerdings blieb dieses Fehlverhalten für die Verursacher nicht ohne Folgen. Der Polizei gelang es mittels der im Stadion vorhandenen Videotechnik die Verursacher bildlich festzuhalten.

Um ein Fußballspiel mit einem so starken emotionalen Hintergrund wie die Partie Deutschland gegen die Türkei in einer von Migranten mit türkischen Hintergrund stark bevölkerten Stadt wie Berlin sicher durchzuführen, bedarf es eines ausgefeilten Sicherheitskonzepts. Es beginnt mit der Vorfeldaufklärung und dem Versuch über die entsprechenden Medien auf die Fans für

ein friedliches Verhalten einzuwirken. Das Sicherheitskonzept muss des Weiteren eine deutliche Präsenz privater und insbesondere polizeilicher Kräfte beinhalten und darf keineswegs Einzelmaßnahmen wie Aufklärung über pyrotechnische Erzeugnisse, besonders intensive körperliche Untersuchungen oder Alkoholverbot in und um das Stadion herum außer Acht lassen. Wenn all diese Maßnahmen verzahnt ineinander greifen, sind die Grundlagen dafür gelegt, um zumindest am Spielort eine friedliche Großveranstaltung durchführen zu können. Wenn dann auch noch das Fußballspiel selbst ohne vermeintliche oder tatsächliche Fehlentscheidungen des Schiedsrichters und mit einem klaren Ergebnis wie dem 3:0 abgepfiffen wird, ist auch die letzte und vom DFB sicherlich überhaupt nicht zu beeinflussende Hürde genommen. Jeder weiß, nichts kann Fans so aufregen, wie eine umstrittene Schiedsrichterentscheidung am Schluss eines Spiels, die auch noch zur Niederlage der eigenen Mannschaft führt. Gerade vor diesem Hintergrund waren die beteiligten Sicherheitskräfte über den klaren und unumstrittenen Sieg der deutschen Nationalmannschaft erfreut.

Sascha Braun



AKTUELL: GdP IN DER BUNDESPRESSEKONFERENZ

Fortsetzung von Seite 3

Freiberg: „81,9 Prozent meiner Kolleginnen und Kollegen wurden innerhalb eines Jahres beleidigt oder verbal bedroht, 47,8 Prozent festgehalten oder gestoßen, 26,5 Prozent geschlagen oder getreten, 24,9 Prozent mit Gegenständen beworfen, 1,9 Prozent wurden mit einer Schusswaffe bedroht.“

Zur Überraschung auch seiner Organi-

sation habe sich herausgestellt, dass sich die meisten Angriffe nicht allein bei gewalttätigen Demonstration, sondern im regulären Streifendienst ereigneten.

Freiberg: „Unsere polizeiliche Alltagserfahrung entspricht zunehmend nicht der politischen und öffentlichen Wahrnehmung links- und rechtsextremistischer Gefahrenpotenziale. Ich kann der Auffassung der leider jüngst verstorbenen Berliner Jugend-

richterin Kirsten Heisig nur zustimmen, die aus ihrer praktischen Erfahrung geschlossen hat, ich zitiere: „... dass die rechtsradikalen Jugendlichen – sowohl in Berlin als auch in Brandenburg – durch schnelle, konsequente und teilweise harte Strafen zu erreichen waren und sind. Das Problem hält sich sowohl statistisch als auch aus praktischer Sicht in Grenzen. (und weiter) ... dass sich am linken Rand der Gesellschaft in Großstädten wie Hamburg und Berlin ein hohes Aggressionspotenzial entwickelt, dass... in den nächsten Jahren

völlig entgleisen wird, wenn nicht bei den Linken genau so konsequent reagiert wird, wie bei den Rechten (Zitat Ende).“

Es sei bekannt, so Freiberg, unter welchem Druck die Bundesfamilienministerin in ihrem Haushaltsentwurf ganze 2 Millionen Euro für Programme zur Bekämpfung des Linksextremismus und islamistischer Gefahren einstellen konnte, während unbeanstandet wiederum 24 Millionen Euro in Programme gegen rechts fließen. Hier besteht ein deutliches Ungleichgewicht.

Täter werden jünger und aggressiver

Bestätigt hätten sich auch die Erkenntnisse aus der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS). Freiberg: „Die Täter werden immer jünger und aggressiver. 62,7 Prozent sind in der Altersgruppe zwischen 14 und 29 Jahren zu finden.“

Die bloße Anwesenheit von Polizeibeamten werde offenbar schon als Provokation empfunden. Freiberg: „Dabei tragen meine Kolleginnen und Kollegen die Uniform nicht aus Spaß. Ihnen begegnet ein Klima der Respektlosigkeit und Feindseligkeit. Schon Kinder, aber vor allem Jugendliche und Heranwachsende, machen keinen Hehl

daraus, dass sie insgesamt, aber auch in dem von ihnen beanspruchten Gebiet, die Regeln des Staates und den bürgerlichen Gemeinsinn nicht akzeptieren oder nicht als existent ansehen.“

Immer wieder geschehe es, so Freiberg, dass die Polizei selbst bei der Ahndung einer kleinen Ordnungswidrigkeit von einer rasch wachsenden Menge in Bedrängnis gebracht werde. Werden Menschen unter dem Verdacht, eine Straftat begangen zu haben, festgenommen, eskaliert die Situation immer öfter. In etlichen Vierteln insbesondere der Großstädte können Festnahmen nur noch unter massivem Personaleinsatz durchgesetzt und gesichert werden. Fast hundert Versuche von Gefangenenbefreiung registriert allein die Berliner Polizei jährlich. 15 verdächtige Personen wurden im vergangenen Jahr in Berlin durch massive Angriffe Umstehender auf Polizeibeamte befreit. Erstmals hat die Kriminalstatistik 2009 540 derartiger Fälle statistisch erfasst. Vergleichszahlen fehlen daher leider. Davon waren 411 Versuche, bei denen die Polizei eine erfolgreiche Gefangenenbefreiung verhindern konnte.

Gefahr von terroristischen Anschlägen nach wie vor hoch

Als nach wie vor hoch schätzt der Gewerkschaftsvorsitzende die Gefahr terroristischer Anschläge durch islamistische Extremisten ein. Freiberg: „Vor allem angesichts der Tatsache, dass es Menschen in unserem Land gibt, die bereit und dafür ausgebildet sind, unschuldige Bürger in die Luft zu sprengen. Dass ihnen das bisher nicht gelungen ist, ist allein den Sicherheitsbehörden zu verdanken, die einen großen Fahndungs- und Beobachtungsdruck aufrecht zu erhalten versuchen.“

So stufe das Bundeskriminalamt 131 radikale Islamisten in Deutschland als potenzielle Terroristen und Gefährder ein. Das sei der harte Kern von mehr als 400 radikalen Islamisten, die zu politisch motivierten Straftaten mit erheblichem Ausmaß fähig seien.

Weil Deutschland dank einer guten Sicherheitsarchitektur noch keine blutigen Anschläge ertragen musste, sei die Sensibilität gegenüber der Gefahr gesunken. Freiberg erinnerte daran, dass es derzeit hierzu 350 Verfahren im Zusammenhang mit dem islamistischen Terrorismus bei den Ermittlungsbehörden und Gerichten anhängig seien und seit dem 11. September 2001 rund 50 ernstzunehmende Terrorpläne in Europa, davon ein halbes Dutzend in Deutschland, von den Sicherheitsbehörden durchkreuzt worden seien. 110 Terrorverdächtige haben Sicherheitsbehörden in den



Nachfrage im Foyer der Bundespressekonferenz: GdP-Vorsitzender Freiberg im Gespräch mit der Nachrichtenagentur „AFP“.

Foto: Zielasko

Als besonders bedrückend empfindet es der GdP-Vorsitzende, dass Beleidigungen und Diffamierungen von Polizeibeamtinnen und -beamten mittlerweile offenbar politisch und gesellschaftlich akzeptiert seien. Freiberg: „Ungestraft können in unserem Land Banner und T-Shirts mit dem Aufdruck ‚ACAB‘ getragen werden, das Akronym für ‚All Cops Are Bastards‘. Würde man das Wort Polizisten durch eine ethnische Bezeichnung ersetzen, gäbe es einen Aufschrei im ganzen Land. Polizisten dürfen in unserem Rechtsstaat aber offenbar pauschal beleidigt und diskreditiert werden.“

Wachsende Gewalt im linksextremistischen Spektrum

Während die Gewalttaten im rechten Spektrum im vergangenen Jahr mit 891 Fällen einen leichten Rückgang von 1.042 in 2008 verzeichneten, hätten Widerstandshandlungen und Sachbeschädigungen zugenommen. Im linken Spektrum seien die Gewalttaten mit 1.115 (2009) von 701 (2008)



europäischen Ländern im vergangenen Jahr festgenommen. Erhöhte Reisebewegungen in pakistanische Ausbildungslager und zurück nach Deutschland ließen jedoch nichts Gutes befürchten.

Freiberg: „Unser Land wird nach dem ersten geglückten Terroranschlag ein anderes sein. Umso fahrlässiger ist es, das Instrumentarium zur Bekämpfung des Terrorismus zu beschneiden. Notwendige Rechtsgrundlagen und Ermittlungstechniken wie die Vorratsdatenspeicherung werden der Polizei versagt. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann die Sicherheitsbehörden gegenüber dem internationalen Terrorismus ins Hintertreffen geraten werden.“

Fehlender Rückhalt in der Politik

Freiberg riet der Politik, diese Entwicklungen ernst zu nehmen.

Freiberg: „Ich appelliere aber auch an alle Bürgerinnen und Bürger, die Polizei nicht im Stich zu lassen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen wissen, dass Gewalt und Rechtlosigkeit auch sie treffen könnten.“

Bei aller Notwendigkeit, polizeiliches Handeln zu kontrollieren und auch Polizeieinsätze kritisch zu hinterfragen, so Freiberg, habe die Polizei ein Recht auf Rückhalt und Solidarität in Politik und Bevölkerung. Freiberg: „Besonders die Politik lässt uns aber ständig im Regen stehen, insbesondere bei Konflikten, die sie selbst verursacht hat.“

Fehlende politische Überzeugungskraft kann nicht durch polizeiliches Handeln ersetzt werden. Das gilt insbesondere auch für das Bahnprojekt Stuttgart 21.

Selbstverständlich müssten auch die bei der Räumung des Stuttgarter Schlossparks angeordneten Einsatzmittel und die Vorgehensweisen sorgfältig überprüft werden.

Die GdP fordert immer die Politik auf, ihre Konflikte selbst zu lösen, deshalb begrüßt sie den Einsatz eines Schlichters.

Freiberg gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass mit dem Vermittler, Bundesminister a.D. Dr. Heiner Geißler die Vernunft und der zivile Umgang miteinander in die Auseinandersetzung zurückkehrt. Als Beitrag dazu enthält sich die GdP wertender Ursachenforschung, um nicht durch weitere Vor-

wurfslagen die Arbeit des Vermittlers zu erschweren. Für den nun im November stattfindenden Transport von Castor-Behältern in das Zwischenlager in Gorleben gelte, so Freiberg, das Gleiche. Freiberg: „Durch den Beschluss der Bundesregierung, die Laufzeiten der Kernkraftwerke zu verlängern, ist ein weiterer gesellschaftlicher Brandherd entstanden, der sich nicht zu einem Flächenbrand ausweiten darf. Eine drastische Zunahme des Protestpotenzials ist jetzt schon absehbar und wir befürchten zunehmende Gewalt durch extremistische Kräfte. Das macht uns große Sorgen, insbesondere was die Gesundheit unserer Kolleginnen und Kollegen in diesem bevorstehenden Einsatz betrifft. Auch hier kann die Polizei nicht die Mediatorenrolle übernehmen, wenn die Politik in ihr versagt.“

Die GdP erwarte, so ihr Vorsitzender, dass die Politik ihrer Verpflichtung nachkommt und schon im Vorfeld alles unternimmt, dass keine Gewalt stattfindet.

Freiberg: „Wir Polizistinnen und Polizisten wollen nicht den Kopf hinhalten für ungelöste politische Konflikte.“

Rüdiger Holecek

Umdenken – gegenlenken

Während viele Menschen in Politik und Gesellschaft so tun, als hielten sie die schlimmste Krise des Kapitalismus seit den 1920er Jahren für überwunden, stellte sich der DGB auf seinem zweiten Berliner Kapitalismuskongress erneut der Frage, was gegen die vernichtende Kraft der Krisen getan werden könnte.

Die Generalsekretärin des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB), Sharan Burrow (Australien), rief die globalen Auswirkungen der Krise auf die Men-

geflossen sei. Schulmeister nennt es das ANWN-Prinzip: „Aus nix wird nix!“ Dieser Fehlentwicklung müsse konsequent entgegen gewirkt werden. Kapital- und



Vertreter der GdP-Delegation: stellv. GdP-Landesvorsitzender Rheinland-Pfalz Bernd Becker, Vorsitzender des GdP-Bezirks Bundespolizei Josef Scheuring, GdP-Bundesvorsitzender der Konrad Freiberg, GdP-Landesvorsitzender Rheinland-Pfalz Ernst Scharbach (v. l.)

Fotos: GdP RP

schon in den Industriestaaten und den Schwellenländern in Erinnerung. Hunderte Milliarden Euro wurden mutwillig durch Spekulation vernichtet – und hunderte Millionen von Arbeitsplätzen gingen verloren. Die Existenz vieler Menschen wurde beeinträchtigt. Am meisten waren die betroffen, die bereits vorher am Minimum leben mussten.

Der Wiener Ökonom Dr. Stephan Schulmeister brillierte mit seinem Vortrag über die längerfristige Wirtschaftsentwicklung, den internationalen Handel und die Ursachen der Krisen in den Finanzmärkten. Schulmeister kritisierte die vorurteilsbehaftete Diskussion über Schuldenstände. Schulden seien nicht per se schlecht. Es komme darauf an, in was man investiere. Richtige Investitionen seien wichtig für die künftige Entwicklung und positiv für kommende Generationen. Die Krise sei entstanden, weil Kapital eben nicht mehr in die Realwirtschaft, sondern seit 25 Jahren in die virtuelle Welt der Finanzmärkte

Realwirtschaft müssten wieder ins Gleichgewicht gebracht werden.

Prof. Dr. Carlo Jaeger vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung hob als möglichen Ausweg aus der Krise die intelligente Investition in erneuerbare Energien und die Sanierung von Gebäuden hervor. Nach der Finanzkrise am Ende der 1920er Jahre hätten die Staaten massiv in Rüstung investiert – mit den bekannten Folgen. Nun biete sich die Chance, qualitatives Wachstum, Arbeitsplätze und Klimaschutz zu einem Zukunftsprogramm zu verbinden.

Der Vortrag von Prof. Dr. Gesine Schwan (Europa-Universität Frankfurt/Oder) rief bei so manchem Kongressteilnehmer den Seufzer hervor: „Das wäre eine gute Bundespräsidentin geworden!“ Schwan beschrieb die internationalen Zusammenhänge und die (Un-)Möglichkeiten der Politik, auf die Krise zu reagieren. Ohne internationale Kooperation sei dem globalen Finanzmarkt nicht mehr beizukommen. Stattdessen sei die Wieder-

belegung der Nationalismen in den Staaten der Welt zu beklagen, die sich aktuell im Abwertungswettbewerb der nationalen Währungen spiegeln.

Die Vorträge wurden im Podium mit dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer diskutiert: Klaus Ernst (Linke), Sigmar Gabriel (SPD), Herman Gröhe (CDU), Christian Lindner (FDP) und Claudia Roth (Grüne) stellten die Konzepte ihrer Parteien zur Bewältigung der Krisen in einem munteren Streitgespräch vor. Gröhe warf SPD und Grünen vor, die Krise durch Maßnahmen ihrer Regierungszeit (z.B. Zulassung von Hedgefonds in Deutschland, Leiharbeit) befeuert zu haben. Gabriel redete nicht drum herum, sondern gestand ein, dass in dieser Regierungsperiode Fehler gemacht wurden – allerdings sei die SPD dabei, aus den Fehlern zu lernen, während CDU und FDP „das tote Pferd weiter ritten“.

Die Delegation der GdP (Konrad Freiberg, Jörg Radek, Josef Scheuring, Hans Adams, Torsten Rohde, Bernd Becker und Ernst Scharbach) widmete sich den anschließenden Arbeitskreisen, die nachmittags im Plenum zur Diskussion gestellt wurden.

Unsere Bewertung: Die Ursachen der Krise sind inzwischen klar wie Klößchenbrühe. „Guter Kapitalismus“ ist möglich, wenn er nach den Prinzipien sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit ausgerichtet ist. Der aufgeblasene Finanzmarktkapitalismus ist Feind des „Realkapitalismus“. Die Handlungsfelder sind hinreichend



Sigmar Gabriel gestand ein, dass Fehler gemacht wurden.

beschrieben. Die Menschen, die Gewerkschaften und die am Gemeinwohl interessierten Parteien müssen in den internationalen Gremien Einfluss nehmen!

Die Welt ist kompliziert geworden. Auf unseren Schultern liegt große Verantwortung für die Zukunft der nachfolgenden Generationen! **Ernst Scharbach**

Mehr zum Kongress unter <http://kapitalismuskongress.dgb.de/>



Der neue Personalausweis – zum Ein- und Ausschalten

Ab 1. November 2010 wird der neue Personalausweis flächendeckend eingeführt. Wie Bundesinnenminister Thomas de Maizière anlässlich der Vorstellung des neuen Dokuments vor einiger Zeit betonte, soll es die sicherste elektronische Identifikationskarte sein, die es auf dem Markt gibt.

In den Medien wird der neue Personalausweis bereits als „Hightech-Ausweis“ angepriesen, da sich im Innern des Ausweises ein Chip befindet, auf dem u.a. die Daten, die heute optisch vom Ausweis ablesbar sind, zusätzlich digital gespeichert werden. Freiwillig können zusätzlich zwei Fingerabdrücke gespeichert werden. Zur Fälschungssicherheit soll auch die Speicherung eines obligatorischen digitalen Fotos beitragen.

Der Ausweisinhaber selber entscheidet bei Abholung, ob er auch die Online-Ausweisfunktion (eID-Funktion) nutzen will oder nicht. Je nachdem, wie seine Wahl ausfällt, wird die Funktion auf dem Ausweis ein- bzw. ausgeschaltet. Diese Entscheidung ist nicht endgültig. Diese Funktion kann später beim Bürgeramt jederzeit ein- oder ausschaltet werden.

Ist die Online-Ausweisfunktion eingeschaltet, kann man sich, ohne persönlich vor Ort zu sein, mit dieser Funktion und einer sechsstelligen geheimen PIN, dort ausweisen, wo Dienste personalisiert angeboten werden. Das können Online-Shops ebenso sein, wie Banken, E-Mail-Anbieter oder soziale Netzwerke, aber auch Dienste von Behörden und Ämtern.

Auf Wunsch kann man nach Erhalt des neuen Personalausweises ein so genanntes Signaturzertifikat erwerben und auf den Ausweis nachladen (Voraussetzung ist die eingeschaltete Online-Ausweisfunktion). Mit der elektronischen Unterschrift können Dokumente elektronisch signiert werden. Dazu wird allerdings auch noch ein Komfortlesegerät mit einem PIN-Pad benötigt, das an den vorhandenen Computer angeschlossen werden muss, um dann die eigene PIN einzugeben.

Die Kosten für den neuen Personalausweis werden mit 28,80 Euro mehr als dreimal so hoch sein, wie für den alten Ausweis.

Umfragen haben schon jetzt ergeben, dass in der Bevölkerung die Meinungen zu dem neuen Personalausweis auseinandergehen. Jeder muss für sich selbst entscheiden, ob er die zusätzlich angebo-

ten Funktionen wie Online-Ausweisfunktion und Signatur nutzen will. Die Nutzung der Signatur verursacht allerdings auch weitere Kosten.

Zwischenzeitlich war den Medien zu entnehmen, dass der neue Personalausweis Sicherheitslücken aufweise. Die Lesegeräte für den neuen Personalausweis sollen nicht sicher sein. Die Plusminus-Redaktion hatte mit dem Chaos Computer Club Basis-Lesegeräte getestet, die am heimischen Computer zur Abwicklung von Internetgeschäften angeschlossen werden. Dort

war man zu dem Ergebnis gelangt, dass es für Betrüger problemlos möglich sei, sensible Daten abzufangen. Wenn dann der Angreifer auch noch in den Besitz des Personalausweises gelangen würde, wäre ein vollständiger Identitätsdiebstahl und Missbrauch möglich.

Der auf dem Personalausweis befindliche Chip gilt, so jedoch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), nach aktuellen Sicherheitsstandards als sicher.

Andere Sicherheitsexperten empfeh-



len, die Finger von den günstigen Basislesegeräten zu lassen und sich für den Kauf der besseren Variante – mit eigener Tastatur – zu entscheiden.

Horst Müller

Der Startschuss für den neuen Personalausweis fiel am 20.11.2008. Zahlreiche Tests fanden statt. Die Zustimmung des Bundesrates für die Personalausweisverordnung erfolgte im Februar 2010. Zum 1.11.2010 treten das neue Personalausweisgesetz und die dazu gehörenden Verordnungen in Kraft.

Auf einen Blick

- Einführung am **1. November 2010**
- **Scheckkartenformat**
- **Chip im Innern der Ausweiskarte**
- **neue Funktionen für den Einsatz im Internet und an Automaten**
- **vorbereitet für die elektronische Signatur**
- **mehr Schutz gegen Missbrauch durch digitales Lichtbild und freiwillige Fingerabdrücke**

Anwendungsmöglichkeiten für den neuen Personalausweis

- **Online-Registrierung an Automaten ausweisen**
- **Zugang mit Pseudonym**
- **elektronisch unterschreiben**
- **Altersbestätigung**
- **automatisch Formulare ausfüllen**
- **Bürgerformulare**
- **Zutrittskontrollen**



Nicht länger Zaungäste

Das Sorgerecht für unverheiratete Väter ist seit langem umstritten. Mit einem neuen Gesetz reagiert die Bundesjustizministerin nun auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes – und auf veränderte Lebensmodelle.

Darf die Tochter mit der Familie ihrer besten Freundin in Urlaub fahren? Welche weiterführende Schule ist für den Sohn die richtige? Wer entscheidet über eine von Ärzten empfohlene Operation? Wer bei solchen Fragen mitreden will, braucht das Sorgerecht für sein Kind. Für ledige Väter war dies in der Vergangenheit ein Problem: Wenn die Mutter ihrem Wunsch nicht zustimmte, hatten sie keine Rechte.

Nicht verheiratete Männer waren einst Zaungäste, ihre familiäre Rolle ergab sich „aus einem Randvermerk“, wie es schon in der Geburtsurkunde des Kindes hieß. Gesetze und Gerichtsurteile beruhten auf dem Bild eines Vaters, der nicht bereit ist,

schärfte den Konflikt um das gemeinsame Sorgerecht, löste ihn aber nicht völlig. Mehr Paare einigen sich seither außergesetzlich, doch ledige Väter waren nach wie vor auf das Wohlwollen der Mutter angewiesen. Das soll sich jetzt ändern.

Im August haben die Karlsruher Richter die derzeitige Regelung für verfassungswidrig erklärt. Im Dezember 2009 hatte der Europäische Gerichtshof gar einen Verstoß gegen die Menschenrechte festgestellt. Das Gericht begründet seine Entscheidung damit, dass nur rund die Hälfte der unverheirateten Eltern das gemeinsame Sorgerecht beantragt. Offenbar nutzen Mütter häufig ihr Vetorecht: Die

Mütter. 40 Prozent der getrennt lebenden Väter zahlen keinen, zu wenig oder nicht regelmäßig Unterhalt. Für knapp 500.000 Kinder muss der Staat mit Vorschüssen einspringen. Dennoch, es gibt auch fürsorgliche Männer, die sich kümmern wollen, denen aber ihr Kind mehr oder weniger systematisch entzogen wird.

Familien-Formen

„Familie ist, wo Kinder sind“ oder „Familie ist, wo aus einem Kühlschrank gegessen wird“: Mit griffigen Formeln haben sich Politiker um zeitgemäße Definitionen bemüht, die Formen des Zusammenlebens jenseits der Ehe einbeziehen. Auch Alleinerziehende oder nichtverheiratete Eltern werden heute als gleichwertige Familien anerkannt. Das ist gut gemeint, ignoriert aber die getrennt lebenden Väter: Auch jene Männer, die vielleicht nicht mehr täglich mit ihren Kindern essen (können), betrachten sich weiter als Teil eines gemeinsamen Familiensystems. Sie leiden unter deprimierenden Gerichtsurteilen, sie spüren den sauren Beigeschmack der Rolle des Sonntagspapas.

Gemeinsame Sorge braucht räumliche Nähe. Es ist ein Affront, wenn Mütter mit dem Nachwuchs in eine 500 Kilometer entfernte Stadt oder gar ins Ausland ziehen. Ob das gleich „Kindesentführung“ ist, wie Initiativen von Väterrechtlern behaupten, sei dahingestellt. Es mag schlüssige Motive für einen Ortswechsel geben, eine neue Stelle etwa oder auch ein neuer Partner. Kinder aber drohen so zum Faustpfand in zerrütteten Beziehungen zu werden.

Glücklicherweise ist das kein Massenphänomen. Von den jährlich rund 200.000 Scheidungen in Deutschland sind gut 150.000 Kinder betroffen, und die meisten getrennt lebenden Eltern finden ein halbwegs zufrieden stellendes Arrangement. Rechtsanwältinnen beobachten zudem, dass sich seit 1998 die viel beklagte schlechte Zahlungsmoral der Männer beim Unterhalt deutlich verbessert hat.

Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) will jetzt einen Gesetzentwurf vorlegen, der das Urteil umsetzt. In der vorbereitenden Arbeitsgruppe sind sich Verteidiger der traditionellen Familie in der CDU/CSU mit SPD-Frauenpolitikerinnen verblüffend einig: Beide wollen das Sorgerecht weiterhin erst mal der Mutter geben; der Vater kann es beantragen und notfalls vor Gericht einfordern. Die Liberalen möchten



Foto: Peter Schatz/dpa

Verantwortung zu tragen; eines unzuverlässigen Filous, der „gefallene Mädchen“ im Stich lässt und die Folgen einer kurzen Affäre bequem an die Mutter delegiert.

Mit der Realität hat das nur noch wenig zu tun. In Ostdeutschland werden fast 60 Prozent der Kinder nichtehelich geboren, im Westen ist der Anteil der Eltern ohne Trauschein auf über ein Viertel gestiegen. Die Familienrechtsreform von 1998 ent-

Annahme, dass sie ausschließlich das Wohl des Kindes im Blick hätten und keine persönlichen Interessen verfolgten, habe sich als falsch erwiesen.

Es gibt für Frauen manchmal gute Gründe, darauf zu bestehen, dass sie allein entscheiden. Ein Teil der Erzeuger zeigt in der Tat wenig Interesse an seinem Nachwuchs. 90 Prozent der 1,6 Millionen Alleinerziehenden in Deutschland sind



eigentlich die gemeinsame Sorge auch bei nicht verheirateten Eltern zum Regelfall erklären. Diplomatisch sprechen sie jetzt von einer „differenzierten Widerspruchslösung“: Zumindest müssten Väter schnell und mit guten Chancen einen Entscheid zu ihren Gunsten herbeiführen können.

In der Kontroverse spiegeln sich alte Konfliktlinien: Der Verband Alleinerziehender Mütter und Väter kritisiert, hier würden Rechte gestärkt, ohne die Männer in die Pflicht zu nehmen. Der „Väteraufbruch für Kinder“ fordert hingegen, die gemeinsame Sorge unabhängig von der Lebensform der Eltern festzuschreiben: Wer Väter in die Familien holen wolle, dürfe sie nicht erst mal zum Gericht schicken.



Kindeswohl soll Vorrang haben

Das Kindeswohl soll nach der Maßgabe des Rechts in jedem Fall Vorrang haben. Diese Maxime bedeutet, dass die Juristen nicht aus der Perspektive der Erwachsenen, sondern aus der Sicht der Jungen und Mädchen urteilen sollen. Damit ist das Recht weiter als viele streitende Ex-Paare. Noch immer ziehen manche Mütter alle Register, einige schrecken sogar vor dem (häufig unbewiesenen) Vorwurf des sexuellen Missbrauchs nicht zurück. Umgekehrt gibt es weiterhin Väter, die einfach verschwinden, ihre Kinder vergessen – und darunter auch keineswegs leiden.

Die unhinterfragte Bevorzugung der Mütter gegenüber den Vätern hat nun ein Ende. Die Gerichte nehmen einen kulturellen Wandel auf, der beiden Elternteilen Verantwortung für das „Kindeswohl“ zuschreibt – ob sie verheiratet sind oder nicht. Mehr Väter als früher kümmern sich heute aktiv um ihren Nachwuchs, wie etwa die steigende Nutzung der Babypause belegt. Langfristig familienorientierte Männer bleiben aber eine gesellschaftliche Minderheit. Das Verfassungsgericht hat eine wegweisende Norm etabliert, bevor sie flächendeckend Wirklichkeit geworden ist.

Thomas Gesterkamp

Thomas Gesterkamp ist Autor von „Die neuen Väter zwischen Kind und Karriere“ (Budrich Verlag 2010).

Was führt zur Radikalisierung?

Das BKA veröffentlichte Ende September Ergebnisse des Forschungsprojekts „Extremismen in biographischer Perspektive“. Das Projekt wurde von der Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus des BKA konzipiert und in Kooperation mit dem Rhein Ruhr Institut für Sozialforschung und Politikberatung (RISP) an der Universität Duisburg-Essen durchgeführt.

Ziel des Projekts war es herauszufinden, was zur Begehung von Straftaten aus dem Bereich der politisch motivierten Kriminalität führt. Auf der Grundlage eines biographischen Ansatzes ist der Fokus auf das „Warum“ von Radikalisierung gerichtet: Können biographische Konstellationen bzw. Weichenstellungen erkannt werden, die den Weg in den Extremismus – welcher ideologischen Ausrichtung auch immer – wahrscheinlicher machen?

Von Dezember 2004 bis Dezember 2008 wurden die biographischen Verläufe von 39 (vornehmlich inhaftierten) Extremisten bzw. Terroristen in Form von Interviews erhoben, um das erlebte Geschehen bzw. die Lebensgeschichten, die – zumindest vorübergehend – in Extremismus und Terrorismus mündeten, aus Sicht der Betroffenen rekonstruieren zu können. Zwischen den Repräsentanten aus den unterschiedlichen Extremismen (Links-, Rechts-, islamistischer Extremismus) wurde anschließend ein systematischer Vergleich gezogen.

Fazit

Die Studie kommt zu folgenden zentralen Ergebnissen:

Radikalisierungsprozesse stellen keine, von der sonstigen Entwicklung anderer Lebensbereiche (wesentlich: Schule, Familie, Freizeit) isolierten Prozesse dar. Sie sind integraler Bestandteil biographischer Verläufe.

Es gibt Gemeinsamkeiten in den psychosozialen Dynamiken der Akteure ideologisch unterschiedlich orientierter Milieus. Hierzu gehören z. B. strukturell und emotional gestörte Familiensysteme, Missverhältnisse zwischen Anforderungen und verfügbaren sozialen Stützsystemen sowie Brüche in Bildungskarrieren. Trotz aller Ähnlichkeit bestimmter psychosozialer Grundmuster der Entwicklungsverläufe werden auch sehr unterschiedliche

Motivlagen und Wege in den Extremismus offenkundig.

Die Entscheidung für ein bestimmtes extremistisches Umfeld hängt stark von Zufällen bzw. der Verfügbarkeit von Orientierungsmodellen ab. Die extremistische Szene bietet offenbar Lösungsschemata, um Defizite im eigenen Lebenslauf und in der Persönlichkeit zu kompensieren.

Religion und Politik waren für die meisten Befragungsteilnehmer von eher marginaler Bedeutung. Vielmehr standen soziale Aspekte (Zusammenhalt, soziale Anbindung, emotionaler Rückhalt etc.) für sie im Vordergrund.

Insgesamt überwog allgemein-delinquentes Verhalten – größtenteils bereits auch im Vorlauf des SzeneEinstiegs – gegenüber politisch motivierten Straftaten. Auch wurde deutlich, dass politisch motivierter Kriminalität häufig keine tatsächliche ideologische Motivation zu Grunde lag.

Radikalisierungsverläufe von Akteuren unterschiedlicher extremistischer Milieus weisen mehr Gemeinsamkeiten hinsichtlich ihrer psychosozialen Verlaufsdynamik auf, als es die jeweiligen ideologischen Grundlagen der unterschiedlichen Milieus vermuten lassen. Die untersuchten Biographien charakterisieren grundlegend entwicklungsbelastete Personen. Ursachen sind beispielsweise strukturell und emotional gestörte Familiensysteme, fehlende soziale Bindungen oder Brüche in Bildungs- und Berufskarrieren.

Die vollständige Studie steht als PDF-Download unter www.bka.de > Kriminalwissenschaften > Kriminalistisches Institut > Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus (FTE) zur Verfügung.

Nach Pressemitteilung des BKA





Fit im Job – durch 50 Stunden Vollgas!

Zum Seminar „Fit im Job“ fanden sich im September 17 junge GdP-Mitglieder aus ganz Deutschland in der Sportschule im

Zu guter Letzt konnte man auch in der Sauna entspannen, wo die Jungs überrascht feststellen mussten, dass dort

stoßes der teilnehmenden Mädels verlief das Seminar sehr fair und homogen. Trotz der hohen Anforderungen an jeden Einzelnen stand der Spaß

immer ganz oben auf der Liste, wodurch das Teambuilding massiv erleichtert wurde.

Der länderübergreifende Austausch von aktuellen Problemen des Dienstes war ein weiterer wichtiger Aspekt dieser Veranstaltung.

In einem sehr guten Gruppengefüge konnte sich insgesamt jeder einbringen und dazu beitragen, dass alle Teilnehmer mit neuen Ideen und Perspektiven nach gut 50 Stunden Vollgas wieder ihren Heimweg antraten.

Insgesamt war das Seminar ein voller Erfolg für alle. Das Training werden die meisten auch im Alltag fortführen, denn wie Dr. Prochnow predigte: „Immer dran bleiben“ und „auch Regeneration ist Training“.

Alexander Prim



Das Training im Kraftraum gehörte zu den vielen Highlights des diesjährigen „Fit im Job“-Seminars.

Foto: Torsten Rohde

brandenburgischen Lindow ein. Betreut wurde die Gruppe von Torsten Rohde (GdP) und dem Sportwissenschaftler Dr. Thomas Prochnow.

eine kostenlose Modenschau für aktuelle Bikinimode stattfand.

Außer dieses gravierenden Regelver-

now predigte: „Immer dran bleiben“ und „auch Regeneration ist Training“.

Schon bei der Vorstellung des geplanten Seminarablaufs wurde den Teilnehmern klar, dass „Aktiv sein und bleiben“ im absoluten Mittelpunkt des Seminars stehen würde und nicht bloß hohle Sprachhülse ist.

So ging es bereits morgens um 7:00Uhr in die Schwimmhalle. Nach dem „fröhlichen Erwachen im Schwimmbad“, ging es genau so fröhlich mit Beachsoccer, Hallenhockey, Volleyball, Rückenschule, Krafttraining und Entspannungstraining weiter. Abends kamen Theorieinput und spannende Erlebnisberichte durch Dr. Prochnow hinzu, der bereits Olympiasieger und deutsche Meister trainiert hat.

eine kostenlose Modenschau für aktuelle Bikinimode stattfand.

Außer dieses gravierenden Regelver-

now predigte: „Immer dran bleiben“ und „auch Regeneration ist Training“.

Alexander Prim

O-Töne zum Seminar:

„Es waren drei sehr ereignisreiche Tage, in denen ich den Muskelkater meines Lebens und so viel Spaß wie bisher in kaum einem anderen Seminar hatte. Die Inhalte waren sehr abwechslungsreich, wodurch auch die bis zu 14 Stunden langen Seminartage (das anschließende „Abendprogramm“ dabei nicht eingerechnet) sehr kurzweilig wurden. Die Gruppe war toll, und trotz des gemeinsamen Leidens (oder gerade deswegen) gab es viel zu Lachen.“

Ich habe vieles für mich mitgenommen und komme gerne wieder!“
Sonja Leininger

„Ich fand das Seminar einfach super. Es stand sehr viel Sport auf dem Tagesprogramm, aber ich bin aus jeder Einheit mit einem Lächeln auf den Lippen gegangen. Von Thomas haben wir viele Tipps und Trainingsanleitungen bekommen, die man auch in einer arbeitsintensiven Woche unterbringen kann. Ein großes Dankeschön an die GdP, für dieses tolle Seminar!“
Andrea Zilch



Lettland – Ein Land ohne sicherheitspolitische Richtung?

Europaseminar der JUNGE GRUPPE (GdP) in Riga

„Die Lage in Lettland ist dramatisch, unsere Kolleginnen und Kollegen haben in den vergangenen 12 Monaten rund die Hälfte ihres Gehalts verloren“, stellt Agris Suna, Vorsitzender der lettischen Polizeigewerkschaft LAPA in einem dramatischen Appell dar. In einem rund 90-minütigen Gespräch informierte Suna die 17-köpfige GdP-Delegation, die sich vom 27. September bis zum 1. Oktober im Rahmen des diesjährigen Europaseminars der JUNGE GRUPPE (GdP) in Riga befand.



Kein Einzelfall: karge Arbeitsumgebung lettischer Polizisten Fotos: Torsten Rohde

Die Zielsetzung des Seminars war vielfältig und sehr anspruchsvoll. Über allem stand jedoch die Frage: Welchen Platz nimmt Lettland und ihre Polizei in der Europäischen Gemeinschaft ein? Eine Frage, die gar nicht leicht zu beantworten war und auch die vielen Exkursionen der Teilnehmer und die Vorträge der geladenen Referenten nur schrittweise klären konnten. Es steht fest, dass Riga eine der schönsten Altstädte Europas besitzt, in der sehr zuvorkommende und hilfsbereite europäische Mitbürger leben. Auf den ersten Blick ist kein Unterschied zu heimischen Lebensgewohnheiten erkennbar. Leider hält dieser Eindruck einem zweiten Blick, insbesondere einem hinter die Kulissen lettischer Sicherheitsbestrebungen, nicht stand. Und so wurde jedem Teilnehmer bereits nach kürzester Zeit deutlich, dass der anfänglich schöne Schein nicht über die vielen Missstände in Lettland hinweghelfen kann und darf. Spätestens der erste Besuch einer lettischen Polizeidienststelle zeigte den jungen

Teilnehmern, dass die vorher getätigten Aussagen der Referenten keine leeren Worthülsen waren. So unschön es auch klingen mag, aber die Spuren eines ehemals sozialistisch geführten Systems sind immer



Die Delegation der JUNGE GRUPPE (GdP) zusammen mit lettischen Polizeibeamten

noch unverkennbar. Noch drastischer als 40-jährige sozialistische Misswirtschaft hat jedoch die Wirtschaftskrise der letzten 12 Monate gewirkt. Die Halbierung der Löhne zur Abwendung des Staatsbankrotts und die Minimierung staatlicher Ausgaben haben Schneiden in die lettische Gesellschaft geschlagen. Es verwunderte letztlich niemanden, dass in diesem Land, trotz seiner Schönheit und Gastfreundschaft, vieles im Argen liegt.

Wurde den Teilnehmern am Vormittag noch die Konkurrenzfähigkeit der lettischen Polizei mit anderen Polizeien Europas durch das lettische Innenministerium bescheinigt, ließ der nachmittägliche Besuch einer lettischen Dienststelle diese Aussagen doch erheblich bezweifeln. Sofort fiel den Besuchern der Schimmel an den zumeist stark vergilbten Wänden auf, die Feuchtigkeit in den Räumen war permanent spürbar und allgegenwärtig und die beengten Räumlichkeiten, die den Polizeibeamten zum Arbeiten zur Verfügung standen, wiesen ebenfalls verstärkt auf erhebliche Schwierigkeiten bei der alltäglichen Dienstverrichtung hin. Auch bei der Anwendung kriminaltechnischer Standardmaßnahmen scheint es noch manches zu verbessern zu geben. So stellen DNA-Spurenuche und andere forensische Notwendigkeiten wohl eher die

Ausnahme dar. Dazu kommt noch ein Gehaltsniveau, das sich nicht den Kosten der Lebenshaltung anpasst und außerdienstliche Nebenverdienste zwingend notwendig macht.

Bereits anhand dieser Erkenntnisse erwiesen sich die Aussagen des Vorsitzenden der lettischen Polizeigewerkschaft als sehr glaubhaft. „Polizeientwicklung in Lettland bedeutet erst einmal, die Grundlagen dafür zu schaffen, dass meine motivierten Kollegen qualitativ hochwertig arbeiten können.“

Wir wollen den europäischen Vorstellungen von Sicherheit gerecht werden und unser Ziel ist es, den kriminellen Einflüssen an der Grenze zu Russland und im Schengen Raum Einhalt gebieten zu können“, betont Agris Suna.

Es sollte und muss daher das Ziel einer europäischen Einheitspolitik sein, der lettischen Polizei einen ganz besonderen Platz im europäischen Sicherheitsgefüge zu ermöglichen, der sowohl die lettischen als auch die kriminellen Probleme Europas in ihrer Entstehung verhindert. Ein Ziel, das nur mit großem Engagement und mit der Bereitschaft hinzuschauen langfristig durchzusetzen ist und das die JUNGE GRUPPE (GdP) in Zukunft verstärkt unterstützen wird.

Torsten Rohde/Sascha Braun

IMPRESSUM:

Herausgeber:
Bundesjugendvorstand Junge Gruppe (GdP),
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21-105;
Fax: (030) 39 99 21-200
www.gdp-junge-gruppe.de
jg@gdp-online.de

V. i. S. d. P.: Sabrina Kunz

Redaktion:
Torsten Rohde, Sabrina Kunz



Wissenswertes für Beamtinnen und Beamte

Der DGB hat seinen bewährten Ratgeber „Wissenswertes für Beamtinnen und Beamte“ gründlich überarbeitet. Der in 12. Auflage neu erschienene Band bietet auf 384 Seiten jede Menge Infos zu Beamtenrecht, Besoldung, Personalvertretung, Versorgung oder Beihilfe. Der Ratgeber kostet 5 Euro für Gewerkschaftsmitglieder und 7,50 Euro für Nichtmitglieder (jeweils plus 2,50 Euro Versandkosten).



Telefon 0180-5835226

www.beamten-informationen.de

Zwei „Superhelden“ der Betriebsratsarbeit:

1. Betriebsratspraxis von A bis Z

Ob „Arbeit auf Abruf“, „geringfügige Beschäftigungsverhältnisse“ oder beispielsweise „Überwachung von Arbeitnehmern“ – zu diesen ausgewählten neuen und weiteren über 200 Stichworten aus der täglichen Praxis liefert das Lexikon schnelle und verlässliche Hilfen – ganz gleich ob für neu- oder wiedergewählte Betriebsräte. Der praktische Helfer zeichnet sich vor allem durch die einfache Handhabung, den schnellen Zugriff auf die gewünschten Information und die

Bereitstellung direkt einsetzbarer Arbeitshilfen aus.

Lexikalisch aufbereitet, finden sich darin klare Antworten auf die wichtigsten Fragen, die im betrieblichen Alltag auftauchen. Besonders für Nichtjuristen sind die Erläuterungen zu den jeweiligen Begriffen und Problemstellungen gut verständlich auf den Punkt gebracht. Das Buch ist kombiniert mit einer CD-ROM, die alle Stichworte von A bis Z und sämtliche Checklisten, Musterschreiben und Übersichten enthält und für den direkten Einsatz bereitstellt. Ergänzend zur gedruckten Fassung bietet der elektronische Datenträger vielfältige Verlinkungen innerhalb der Stichworte sowie auf zitierte Leitsätze, eine leicht zu nutzende Suchfunktion und alle Arbeitshilfen zur individuellen Anpassung an die eigene Problemstellung.

Betriebsratspraxis von A bis Z – Das Lexikon für die betriebliche Interessenvertretung (mit CD-ROM), Reihe: Recht von A bis Z, Christian Schoof, Bund-Verlag, 2010, Buch mit CD-ROM, 9. Auflage, 1.728 Seiten, 49,90 Euro, ISBN 978-3-7663-3978-2

2. Betriebsverfassungsgesetz

Unverzichtbares Handwerkszeug ist auch die Neuauflage des Basiskommentars mit Wahlordnung zum Betriebsverfassungsgesetz, Das renommierte Auto-

ren-Quartett kommentiert das gesamte Betriebsverfassungsrecht und liefert zu vielen Einzelfällen einen Überblick über den gegenwärtigen rechtlichen Stand, die Meinung der Rechtsprechung und – wenn nötig – eine arbeitnehmerfreundliche Empfehlung.

Kommentiert werden aktuelle gesetzliche Entwicklungen, wie die Änderungen des § 5 BetrVG, die Datenschutznovelle 2009 sowie das Gendiagnostikgesetz. Das Thema Kurzarbeit nimmt einen breiten Raum ein. Die sehr umfangreiche Rechtsprechung der Arbeitsgerichte, insbesondere des Bundesarbeitsgerichts (BAG), ist bis März 2010 eingearbeitet. Dieses betrifft z.B. die Rechtsprechung zur außerordentlichen Verdachtskündigung, zu Sozialplanregelungen und zum AGG. Aufgenommen sind auch neue Entscheidungen zur Frage der Gewerkschaftseigenschaft, zu den Anforderungen an eine Stellenausschreibung nach § 93 sowie die BAG-Rechtsprechung zur Mitbestimmung des Betriebsrats bei der Beschwerdestelle nach dem AGG.

Betriebsverfassungsgesetz – Basiskommentar mit Wahlordnung, Thomas Klebe, Jürgen Ratayczak, Micha Heilmann, Sibylle Spoo, Bund-Verlag, 2010 16. überarbeitete Auflage, 743 Seiten, 32 Euro, ISBN 978-3-7663-3999-7



Deutsche

Polizei

Nr. 11 • 59. Jahrgang 2010 • Fachzeitschrift und Organ der Gewerkschaft der Polizei

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Forststraße 3a, 40721 Hilden, Telefon Düsseldorf (0211) 7104-0, Fax (0211) 7104-222

Homepage des Bundesvorstands der GdP: www.gdp.de

Redaktion Bundestell: Marion Tetzner (verantwortliche Redakteurin)

Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4, 10555 Berlin,

Telefon: (030) 39 99 21 - 114 Fax (030) 39 99 21 - 200

E-Mail: gdp-redaktion@gdp-online.de

Grafische Gestaltung & Layout: Rembergt Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfasseramen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Mitteilungen und Anfragen bitten wir an den jeweiligen Landesbezirk zu richten.

Erscheinungsweise und Bezugspreis:

Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr. Bestellung an den Verlag. Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten

Titel

Foto: Ralf Hirschberger/dpa Gestaltung: Rembergt Stolzenfeld



Verlag:

VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH

Anzeigenverwaltung

Forststraße 3a, 40721 Hilden

Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,

Fax (0211) 7104-174

E-Mail: vdp.anzeigenverwaltung@vdpolizei.de

Geschäftsführer:

Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiterin:

Antje Kleuker

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32 vom 1. April 2009



Druckauflage dieser Ausgabe:

176.161 Exemplare

ISSN 0949-2844

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,

DruckMedien

Marktweg 42-50, 47608 Geldern,

Postfach 1452, 47594 Geldern,

Telefon (02831) 396-0, Fax (02831) 89887

